

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Ueber Streiks.

Der Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiter-schaft ist augenblicklich ein sehr leidenschaftlicher. Thatsäch-lich hat er sich zu einer Auseinandersetzung über das Koalitionsrecht des werththätigen Volkes zugespitzt, welche nicht mehr in der Presse, nicht im Parlament, sondern im wirtschaftlichen Konflikt entschieden werden soll. Der Streit wird mit Zähigkeit, er wird mit Erbitterung ge-führt. Das Kapital, das festen Zusammenschluß gesucht und gefunden hat, richtet seinen Angriff unmittelbar auf die Organisation der Arbeiter. Die Vereinigungen derselben zu zerstören und auf den Trümmern der Gewerk-schaften die unbeschränkte Herrschaft der Unternehmer-Ver-bände zu errichten, das ist das Ziel, aufs innigste von den Industriellen gewünscht und mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln angestrebt. Ob wir die Vorgänge in Hamburg, wo dreitausend Tabakarbeiter um ihr Bischen Recht wacker fechten, ob wir die Ersurter Geschehnisse be-trachten, der rothe Faden, der sich durch die Geschichte der letzten Zeit unverkennbar zieht, ist und bleibt die Tendenz der Kapitalisten, durch machtvolle Verschwörungen den Arbeiterorganisationen den Garaus zu machen.

Die Solidarität der Interessen, welche sich offenkundig bei den Besitzenden durchsetzt, soll mit Stumpf und Stiel bei den Proletariaten ausgerottet, der Kapitalismus soll als absoluter Herrscher auf den Thron gesetzt, die slavische Ergebung auch in das jämmerlichste Loos ge-waltsam erzwungen werden. Die Arbeiterklasse soll die Ruthe, welche ihr aufgebunden ist, auch noch küssen; die Lohngeld soll sein: Mehrwerth schaffen, Kuli bleiben, Maul halten!

Daß die Klassenbewußten Arbeiter dem organisierten Unternehmertum organisierten Widerstand leisten müssen, ist einleuchtend. Denn sich darauf verlassen, daß die ökonomische Entwicklung den Besitzenden schon ein Schnippchen schlagen werde, die Dinge deshalb laufen lassen wie sie wollen, die Hände in den Schooß legen und mit einer radikal klingenden Kraftphrase sich absfinden, das heißt, die Geschäfte der Reaktion besorgen, ohne es zu wollen. Die treibenden Kräfte der sozialen Bewegung wirken allein dann glücklich sich aus, wenn ein zielvoll vorwärts strebendes Proletariat die Hände rührt, die Massen beeinflusst, die Köpfe und die Herzen revolutionirt. Die Rebellion des Magens, wie die heutige Gesellschafts-ordnung sie hervorruft, thut es nicht, thut es nicht allein.

Wer nicht glauben mag, daß in Deutschland die vermoderten und doch so mächtigen Einrichtungen feudal-absolutistischen Charakters dem Fortschritt, der modernen Ideen auf Schritt und Tritt im Wege stehen, der braucht,

um das Nächstliegende herauszuziehen, nur an die rück-schrittlichen Pläne der Gewerbenovelle, dieser Krystallisation des Arbeitertruges mit dem lärglich bemessenen sozial-reformatorischen Auspuß, sich zu erinnern. Oder er blättere ein wenig in den deutschen Fabrikinspektoren-Berichten, deren Verfasser nur zu oft anstatt sozial-politischer Einsicht und kühler Unbefangtheit krieter'sche Polizeivweisheit und krasse Unternehmerfreundlichkeit zur Schau tragen. Dabei braucht man nicht einmal an Ge-schehnissen, wie den Dresdener Gewerberath, Herrn Siebbrat zu denken, der in seinem letzten Rapport mit dem Brustton sittlicher Entrüstung erzählt: „Leider ist zu bemerken, daß sich die große Masse der Arbeiter durch einzelne Unruhestifter leiten läßt und denselben blindlings gehorcht. Besondere Agenten scheinen von Werkstatz zu Werkstatz zu gehen, um irgend einen Anhalt zu gewinnen, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber einzunehmen und zu unangemessenen Forderungen aufzureizen, wobei durch un-wahre Mittheilungen auch fleißige und zufriedene Arbeiter mit fortgerissen werden.“ Polizei, Bureaufkratie, Justiz werden zum Kreuzzug gegen die rebellischen Arbeiter von dem beschränkten, profitstüchtigen Unternehmertum auf-gerufen. Die Fähigkeit, die neuen Gedanken, welche unsere Periode bewegen, in sich aufzunehmen, sie zu ver-arbeiten, zu erfassen und zu würdigen als die Zeichen einer großartigen geistigen und gesellschaftlichen Ummwälzung, diese Fähigkeit mangelt nur zu sehr einer Beamten-schaft, welche, in der Sticlust polizeistaatlicher Instruktionen auf-gewachsen, unter dem Bismarckischen Regiment zur obli-gatorischen Einsichtslosigkeit in soziale Probleme verurtheilt war und die Arbeiterbewegung, mag sie auch rein gewerk-schaftliche Angelegenheiten behandeln, wie in einem Hohl-spiegel zu sehen gewöhnt ist.

Wir hatten kürzlich aus dem letzten Jahresberichte des New-Yorker arbeitsstatistischen Bureaus eine lehr-reiche Streik-Statistik mitgetheilt. In der Einleitung zu der werthvollen Arbeit, die dieser Jahresbericht darstellt, liefert der Leiter dieser staatlichen Anstalt, Kommissär Charles J. Beck ein Stück Streikphilosophie, welche unseren deutschen Fabrikinspektoren, wie überhaupt allen amtlich bestellten Sozialpolitikern, von Herrn v. Berlepsch bis herab zum jüngsten vortragenden Rath, zur Darnach-achtung auf's Wärmste empfohlen werden kann. Wir können es nicht unterlassen, Einiges aus dieser Einleitung mitzutheilen, damit unsere Leser selbst beurtheilen können, wie jenseits des Ozeans ein mit der Kontrolle und Be-schreibung der Arbeiterzustände von Staatswegen beauf-tragter Beamter seine Pflicht erfüllt und Stellung zu einer Frage nimmt, welche heutzutage zu den bedeutsamsten gehört.

Beck sagt: „Der Streik ist eine Thatsache und muß als eine Thatsache behandelt werden; er ist ein hartes, aber nützliches Heilmittel für gewisse Krankheiten und Störungen des großen Arbeitsorganismus, das so lange angewendet werden wird, bis eine bessere Behandlungs-weise vorgeschlagen werden kann. Die freie Arbeit beansprucht einen angemessenen Antheil an den Bequemlich-keiten und Gütern, deren Haupterzeuger sie ist und will nicht dulden, daß ihm sein Recht durch interessirte Theorien verkürzt werde, wie die, daß es unpolitisch sei, dem Kapital Schwierigkeiten zu bereiten, oder daß es das Recht des Unternehmers sei, auf dem wohlfeilsten Markte zu kaufen. Der Streik ist eine Kriegsmahregel und hat oft da ein Resultat erzielt, wo der Appell an die Groß-muth und das Anstandsgefühl vollständig erfolglos war. . . . Früher pflegte man dem Arbeiter einzuschärfen, daß es seine Pflicht sei, mit der Stellung, in der er geboren, zu-frieden zu sein. . . . Heute, wenn eine Regierung oder eine Geschäftsfirma eine Ungerechtigkeit begeht und nicht Wandel schafft, fragen wir: „Was sollen wir dagegen thun?“ Natürlich wissen wir, daß eine Pflicht besteht, dem Gesetze zu gehorchen. Aber giebt es keine Grenze für diese Pflicht? Sich einem Uebel, das nicht beseitigt werden kann, zu unterwerfen, ist ein Ergebniß der Klugheit oder Entsagung, nicht der Billigkeit oder Moralität. Alle Bewegungen, die auf die Beseitigung einer Unbill gerichtet waren, trugen den Charakter des Kampfes an sich, innerhalb oder außerhalb der Schranken des Gesetzes, gemäß der Natur des Streits und der Be-ziehungen der Parteien. Die, welche sich allen Ungerechtig-keiten des Gewissens halber unterwerfen, sollen den Gipfel menschlicher Vollkommenheit erklommen haben; aber es giebt eine entgegengesetzte Anschauung, dahin gehend, daß das Erdulden von Ungerechtigkeit bloß das Böse, dem wir stets Widerstand leisten müssen, ermutigt. Wie Krieg das letzte Argument der Könige oder eines unterjochten Volkes, so ist der Streik die ultima ratio (das letzte Beweismittel) der Arbeiter. Es mag nicht immer logisch oder scharfsinnig sein, aber als kräftiger Aus-druck der Bejahung ist es in hervorragendem Maße natürlich. Die Welt geht vorwärts. Die Arbeiter, deren Geschicklichkeit und Fleiß so ungeheuer viel zum Gemein-wohl beitragen, halten sich für berechtigt, einen mehr der Billigkeit entsprechenden Antheil des augenblicklichen Er-trages ihrer Arbeit zu beanspruchen. Ein oder zwei Mark mehr für den Tag ist nicht viel für den Unternehmer, der das auf die Kundschaft oder die Gesellschaft im Großen und Ganzen abwälzen kann, aber es ist von Werth für den Lohnarbeiter, während die Herabsetzung der Arbeits-zeit für die beschäftigten Arbeiter Erleichterung, für die

Feuilleton.

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525.
 Von Wilhelm Bloß.

„Hab' ich's Euch nicht gleich gesagt?“ sprach er; „ich wußte, ein hoher Rath werde die erste Gelegenheit benutzen und die Hand nach den Klostergütern ausstrecken. Mit Speck fängt man Mäuse; d'rum hat er unseren Frauen ein Peirathsgut ausgesetzt, auf daß sie eilen, das Kloster zu meiden. Die Mäuse haben auf den Speck angebissen.“
 „Aber ich weiß nicht an,“ sagte die Priorin ent-schieden.

„Wir müssen sehen, wie wir uns durchdrücken,“ sagte Matthias. „Aber die Zwei, die heute als angebetene Gäste zu uns gekommen, die führen nichts Gutes im Schild. Wenn die den Handel gewinnen, wird von den geistlichen Gütern nicht viel bei der Kirche bleiben.“
 Die Priorin seufzte und schwieg.

Heimkehr.

Die Kunde von dem Auszuge der Dominikanerinnen hatte sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt verbreitet und eine Menge Volks auf die Straßen gelockt. In diesen un-ruhigen und abenteuerlichen Beiläufen geschah gar Manches, von dem man sich früher nicht so leicht hätte träumen lassen, und das Ungewöhnliche ward schier zur Gewohnheit. Aber der Auszug aller vierzig Nonnen aus dem alten und reichen

Frauenkloster — das war ein Schauspiel, wie eines ähn-lichen sich auch die ältesten Leute sich nicht zu entsinnen ver-möchten. Ohnehin war in diesen Tagen viel fremdes und unruhiges Blut in der Stadt; die Herbergen waren über-füllt und von den Bauern, die draußen bei Neusch lagerten und deren Hauptleute mit Rath und Ausschuß unter-handelten, hatte sich auch gar Mancher hereingeschlichen. Fahrende Gesellen weberten aus und ein, unter ihnen zahl-reiche Anhänger des neuen Evangeliums, die unter den Bürgern und unter den Handwerksgefelln der Stadt eine Praxtil zu gewinnen suchten. Zwar ließen Rath und Aus-schuß die Thorwachen verstärken, aber unter den Stadtknechten waren nicht Wenige, die es mit den Evangelischen oder gar mit den Bauern draußen hielten, und sie kreuzten die Helle-barden nicht allzustreng, wenn ein fremder Bettler oder irgend eine unbekannt verdächtige Persönlichkeit herein-zuschlüpfen trachtete. Nur am Spitalthor, da stand ein gar gestrenger Söldner des hohen Raths, genannt der Schäferhans, der mochte die aus dem Amt Schillingsfürst nicht leiden, da sie ihm einst auf einer Kirchweih ob seiner bösen Zunge die Haut seiner rückwärts liegenden Körper-theile mit ungebrannter Asche gegerbt hatten. Da kam ein alter ehrwürdig aussehender Bettler an das Thor und wollte eingelassen werden. Der Schäferhans hielt grimmig die Hellebarde vor.

„Darf ich nicht hinein?“ sagte der Bettler.
 „Nein“, schrie Schäferhans, „denn Du bist aus dem Amt Schillingsfürst, wo die groben Flegel Kirchweih halten.“
 Der Alte sah den Söldner groß an, dann sagte er pathetisch:
 „Nun, so sollen die Rothenburger sehen, woher sie wieder Bettelente bekommen!“

Sprach und ging stolz von dannen.
 Der Schäferhans brumnte etwas in den Bart von bösen Buben, die einen Pöbelaufstand unternehmen wollten. Denn der Schäferhans war ein gefürchteter Häfcher und Späher und hielt es mit dem Rath. Er hätte, wenn er gekonnt, mit Lust all das fremde Volk aus den Thoren ge-jagt, das sich lärmend, zehend, predigend und bettelnd in der Stadt umhertrieb und hätte den Bürgern anbefohlen, in ihrer Behausung der Dinge zu harren, die da kommen sollten. Aber der Schäferhans war eben kein Feldhaupt-mann, sondern ein gewöhnlicher Stadtknecht, und so mußte er seinen Grimm verbeißen und hinabschlucken, wie die Herren vom Rath, denen er diente.

So strömte denn eine gewaltige Volksmasse in der Klingengasse und in der Todtenweh zusammen, wo man den Zug der das Kloster verlassenden Nonnen zu sehen hoffte. In den Werkstätten ward es still, denn die Gesellen ließen dem Lärm nach und waren von den Meistern nicht zu zügeln. Die Meister schalten so lange, bis auch sie die Neugierde ergriff und sie sich im Schurzfell unter die Menge der Gaffer mischten. An Iosem Gesindel fehlte es auch nicht; fahrende Frauen, kenntlich an ihrem roth und weißen Kopfstuch, trieben sich zahlreich unter der Menge umher. Es gab allerlei Anflug und spöttliche und stachlichte Redensarten über die Dominikanerinnen fielen hier und da.

Eine stämmige Dirne aus dem Hause der fahrenden Frauen, froh in Blicken und Geberden, die dicke Augs-burgerin genannt, hatte einen Schwarm von Lachern und Gaffern um sich, denen ihre derben Scherze ein unbändiges Vergnügen bereiteten.

„Das Haus der fahrenden Frauen ist ausgebraunt,“

Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit bedeutet. Man muß daran festhalten, daß in der Geschichte der Arbeit eine freiwillige Lohnhöhung seitens der Unternehmer en masse ein Ereignis von solcher Seltenheit ist, daß man zweifeln muß, ob es je sich zugetragen hat. . . . Ein Streik ist des Arbeiters in die That umgekehrter Protest gegen eine Unbill, oder das letzte Hilfsmittel, um eine Verbesserung der Lage herbeizuführen."

Wir haben diesen Ausführungen Beck's nichts hinzuzufügen, höchstens den frommen Wunsch, daß solchen Männern in Deutschland die amtliche Sozialpolitik anvertraut werde.

Aber ist nicht Mr. Beck Vorstand des arbeitsstatistischen Bureaus im Staate New-York? Und hat Deutschland, das die „Sozialreform von Oben“ in Erbpacht hat, das mächtige, das geeinte, das unüberwindliche Deutschland, solch eine Anstalt? Nein, derartige Institute überlassen wir wilden Vändern, dem Reiche der Yankee's, den Engländern, der Schweiz. Für solche Dinge haben wir nicht heidenmäßig viel Geld. Ja, wenn es sich um Soldaten oder um Helgoländer Gouverneurs-Gehälter handelte!

Druckfehler-Berichtigung. In unserem gestrigen Leitartikel, Seite 2, Spalte 1, Zeile 9 von oben muß es heißen: Arbeitsleistungen, nicht Arbeiterfragen.

An die

Redaktion des „Berliner Volksblatt“:

Mir sind, zu meinem siebzigsten Geburtstag, so viel Beweise herzlichster Theilnahme, so viel unerwartete Ehrenbezeugungen zu Theil geworden, daß es mir leider unmöglich wird, auf jede einzelne Kundgebung persönlich zu antworten. Es war ein förmlicher Regen von Telegrammen, Briefen, Geschenken, speziell mir gewidmeten Artikeln der Parteipresse, aus den verschiedensten Ländern, namentlich aber aus allen Theilen Deutschlands. Erlauben Sie mir daher, den alten und neuen Freunden, die am 28. November meiner so wohlwollend gedachten, hiermit meinen aufrichtigsten Dank darzubringen.

Niemand weiß besser als ich, daß der größte Theil dieser Ehrenbezeugungen nicht mir und meinen Verdiensten geschuldet ist. Es ist mein Schicksal, daß ich den Ruhm und die Ehre einernten muß, deren Saat ein Größerer als ich, Karl Marx, ausgestreut hat. Und so kann ich nur geloben, den Rest meines Lebens im aktiven Dienst des Proletariats so zu verbringen, daß ich womöglich mich jener Ehren noch nachträglich würdig mache.

London, 2. Dezember 1890.

Friedrich Engels.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

Die Entdeckung Koch's hat — ganz abgesehen von ihrem wissenschaftlichen und hygienischen Werth — eine hohe politische Bedeutung dadurch erlangt, daß sie in dem jetzt heftiger als je entbrannten Kampf zwischen Anarchisten und Sozialisten, das heißt zwischen den Vertretern der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Uordnung einer- und denen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Uordnung andererseits, den letzteren eine außerordentlich wirksame Waffe in die Hand gegeben und die Widersinnigkeit und Gemeinshädlichkeit des Anarchismus — nenne er sich nun fortschrittlich, liberal, konservativ, clerikal oder wie sonst — ad oculos demonstrirt und mit Händen greifbar gemacht hat. Kaum war die Entdeckung einer vollendeten Thatsache, so bemächtigte sich ihrer die tollste, gewissenloseste Privatspekulation und hätte man dieser freies Spiel gelassen, so würden die Vortheile der Entdeckung ausschließlich den Reichen zugefallen sein und die Armen hätten das Nachsehen gehabt. Die Verstaatlichung hat uns von dieser Schmach gerettet. Und soll das neue Heilmittel nach

allen Richtungen hin und gründlich zum Wohle der Menschheit ausgenutzt werden, so muß die Verstaatlichung zum sozialistischen Gemeinbetrieb erweitert werden, so daß das Heilmittel einem Jeden zu Gebot steht.

Was aber von dieser Entdeckung gilt, das gilt auch von allen den Entdeckungen, die uns auf die gegenwärtige Kulturstufe gebracht haben, deren wohlthätige Wirkungen jedoch für die Mehrheit der Menschen ganz oder theilweise dadurch aufgehoben worden sind, daß die Privatspekulation sich ihrer bemächtigt hat. Man nehme nur die Entdeckungen auf dem Gebiete des Maschinenbaues und der Technik. Während jetzt jede neue oder verbesserte Maschine der Privatspekulation tributpflichtig ist und auf der einen Seite die Kapitalisten bereichert, auf der anderen eine größere oder geringere Menge von Arbeitern aufs Pflaster wirft und zum Unterdrückungsmittel wird, würde sie bei sozialistischem Gemeinbetrieb einfach den Reichtum und das Wohlbefinden der Gesellschaft und aller ihrer Glieder befördern, ohne irgend welchen Nachtheil für irgend Jemand.

Nur tritt die Gemeinshädlichkeit des Kapitalismus auf industriellem Gebiete nicht so kraft hervor, wie bei der Koch'schen Entdeckung, — theils weil die Wirkungen an sich weniger unmittelbar, weniger brennend, weniger packend sind, theils weil wir uns mehr an sie gewöhnt haben.

Und weiter hat die Selbstlosigkeit Koch's allen denen, welche an die Niedertracht der Menschen glauben und die Profitwuth für die Triebfeder allen menschlichen Handelns halten, ein scharfes, kräftiges Dementi gegeben, dessen es freilich für den einigermassen Erfahrenen nicht bedurfte. Wer die Kulturgeschichte verfolgt hat, der weiß, daß — feltene Fälle besonderer Korruption ausgenommen — diejenigen Menschen, welche der Menschheit am meisten nützten, sich durch Selbstlosigkeit auszeichneten und ihr persönliches Interesse dem Gemein-Interesse opferten. Nicht eine Erfindung, nicht ein Werk der Literatur, Kunst und Wissenschaft wäre unter der Herrschaft des Sozialismus der Menschheit verloren gegangen, wohingegen unter der Herrschaft des Kapitalismus die Zahl der Talente, die sich entwickeln konnten, verschwindend klein ist neben der Masse von Talenten, die auf dem Altar der „Freiheit“ (wie Herr Eugen Richter sie meint) Leib und Seele dem Kapitalismus opfern mußten und müssen.

Genug — Dr. Koch hat sich, neben seinen anderen Verdiensten, auch das erworben, die Absurdität der heutigen Gesellschaftsordnung klar veranschaulicht und die wichtigsten aller anarchistischen Irrlehren und Argumente gegen den Sozialismus ad absurdum geführt zu haben.

Revolution und Umsturz wird wieder einmal in dieser flüchtigen Welt verübt, — und zwar hat's die „Kreuztg.“ entdeckt, die seit den Zeiten der Söldner und Ohm eine feine Nase für derlei Dinge hat. Und wer ist dies Mal der Uebelthäter? Sind's Sozialisten, Anarchisten, Nihilisten? Mit Nichten. Der Uebelthäter ist Niemand anders als „Väterchen“ in Petersburg, das jetzt an der „Vernichtung der Baltischen Ritterschaften“ in den Ostseeprovinzen emsigst arbeitet. Wer Näheres lesen will, nehme die „N. Pr. Ztg.“ vom Dienstag zur Hand, und lese den ellenlangen Leitartikel, dessen Verfasser freilich „loyal“ ist, das gute „Väterchen“ in Person für dieses revolutionäre Verbrechen am Kragen zu pöden, und sich deshalb vornehmer Weise an die russische Bureaokratie hält, die bekanntermaßen noch viel unabhängiger ist, als die deutsche. Doch „Väterchen“ oder „russische Bureaokraten“ — auf den Namen kommt nichts an, genug, es ist „der Hort des monarchischen Prinzips“, der „Eckstein der europäischen Ordnung“, das Ideal aller deutschen Ordnungs- oder richtiger Unordnungs-parteien, von dem dieses Werk der Revolution und des Umsturzes verübt wird.

Da wir gerade beim Thema sind, sei noch festgestellt, daß die „Kreuzzeitung“ — mit bekannter Spiegel- und Eulenspiegel-Praxis zwei Programme an uns Sozialdemokraten entdeckt hat, ein wahres und ein falsches, ein wirkliches und ein scheinbares — kurz ein sozialistisches und ein bürgerlich-demokratisch-liberales. Ersteres ist harmlos (trotz der Richter'schen Irrlehren), letzteres aber gefährlich, unstützlerisch, revolutionär — und wir haben es gemein mit Niemand Geringerem als dem großen Sozialistenöbster und

rief sie, „und wir haben kein rechtes Obdach. Das Frauenkloster steht leer und wir können dort einziehen.“

„Schweig, Lästermaul.“ schrie ein Stadtknecht, der vergebens bemüht war, durch unsanfte Stöße mit dem Schaft seines Spießes etwas Ordnung in die hin- und herstrebende Menge zu bringen. „Schweig nur, denn Ihr habt das Frauenhaus selbst angezündet und man wird Euch aus der Stadt verweisen oder Euch in den Weiberturm werfen.“

„Schau mir Einer den Hochmuthsnarren,“ rief höhniisch die dicke Augsbürgerin, „der ist ein armer Beck, ein gemeiner Spießträger und thut, als wäre er vom hohen Rath selber.“

Der Stadtknecht knirschte grimmig in seinen Bart. Die Dirne aber fuhr fort:

„Im Kloster haben sie gar oft Wein geschenkt und kein Remer hat ihnen Bechwerneh gemacht. Wir armen Frauen aber haben wöchentlich dreißig Kreuzer für Weinschant zahlen müssen von unserem Blutgeld. Aber ich weiß schon, das war der Sold für diese armen Spießträger hier. Die werden droß große Betrübniß haben, wenn wir in's Kloster gehen und einen mallelosen Wandel führen.“

Ein wieherndes Gelächter folgte diesem Spotte. Dem Stadtknecht aber stieg das Blut heiß in den Kopf; er mocht es nicht länger ertragen, von einer öffentlichen Dirne so gehöhnt zu werden.

„Du kommst nicht in das Kloster,“ schrie er nun, sondern auf den hölzernen Esel vor dem Rathhaus, wo man Dich mit faulen Eiern werfen wird. Ich fasse Dich, Du hast einen hohen Rath beschimpft.“

Er griff nach der losen Person. Aber diese verschwand im Gedräng und der Stadtknecht vermochte sie nicht zu erreichen. Eine eben daher kommende Woge des auf und abströmenden Volksgedrängs warf ihn auf die andere Seite der Straße. Die dicke Augsbürgerin bekam er nicht wieder zu Gesicht.

„Dich krieg' ich schon noch,“ murzte er. Als der Zug der Nonnen aus dem Klosterthor auf die Straße kam, rekte Alles die Hälse und es kam etwas Stillstand unter die Massen. Es war gut für die

Nonnen, daß sie von ihren Vettern und Freunden geleitet wurden. Sonst hätten sie der Unbill nicht wenig erfahren.

So aber hatten die ausziehenden Klosterfrauen und ihre Begleiter nur einige städtische Spottreden zu überstehen.

„Spudet Euch nur, feines Fräulein,“ rief ein riesiger und rüdiger Schmied, der auf einem Brellstein stand, dem mit niedergeschlagenen Augen dahin ziehenden Fräulein von Standt zu. „Seht zu, daß Ihr bald unter die Haube kommt. Das zierliche Junkerlein, an dessen Arm Ihr hängt, könnte sonst wieder in Verjuchung kommen, meinem Schatz am Brunnem während der Dämmerung die Baden zu zwicken, und ich schlage dann dem Junkerlein die Knochen entzwei. Spudet Euch, spudet Euch, holdseliges Kind!“

Ein langgezogenes Gelächter folgte dieser Aussprache und der Junker Adam von Rein, dem sie galt, mußte Stand halten, denn gerade jetzt stockte der Zug in dem Gedränge. Ueber des Junkers Gesicht flog eine flammende Röthe und das Fräulein an seiner Seite sah einmal sehen und schüchtern zu ihm auf. Alle Beide schwiegen.

Auch Mechthilde Begold sollte nicht ungeschoren davon kommen.

Sie hing am Arm ihres Geliebten, des jungen Rathsherrn Scherling, und ihr Bruder schritt ihr zur Seite, als ihr in der Nähe der Hauptkirche eine wohlbekannte Erscheinung in den Weg trat. Es war eine unter dem Namen der Drache bekannte Wäscherin, weithin gefürchtet wegen ihrer bösen Zunge und von gewaltigem Umfang, dergleichen man nicht in Rothenburg mehr sah. Sie haßte alle vom Rath, denn der Rath hatte sie schon dreimal wegen unziemlicher und verleumderischer Nachreden in das sogenannte Drehhäuschen setzen lassen, das vor dem Rathhaus stand und aus Latten gefertigt war. Dies Gehäus war zur öffentlichen Ausstellung böser Weiber bestimmt und konnte gedreht werden. Die Wäscherin hatte drinnen schwere Stunden durchgemacht; der Markt war den ganzen Tag, wenn das dicke und böse Weib in dem Käfig saß, nicht von Menschen leer geworden.

Nun nahm sie die Gelegenheit zur Rache wahr.

„Seht den zierlichen Becken!“ rief sie, auf Scherling deutend, „da führt er seine Braut aus dem Kloster heim.“

Irrlehren-Kolporteur Eugen Richter! Eugen Richter Hand in Hand mit Singer, dem in Halle zum Oberleiter der deutschen Sozialdemokratie ernannten, zwar nicht sein Jahrhundert, allein doch den heutigen Staat in die Schranken sordern und auf Revolution und Umsturz sinnend — das ist ein Stück Zeitgeschichte, wie sie sich im Schäl der „Kreuz-Zeitung“ malt. „Und darinn Räuber“ (an Faucher &c.) und Irrlehren-Kolporteur! Armer Eugen! Wahrhaftig das Schicksal kann grausam sein.

Wer aber glaubt, wir hätten uns einen schlechten Wig erlaubt, der wird durch den Leitartikel der heutigen Kreuz-Zeitung-Nummer, betitelt: „Das scheinbare Programm und das wirkliche“, eines anderen belehrt und durch die Fundgrube unfreiwilligen Humors, die sich ihm hier eröffnet, für seine Nähe reichlich belohnt werden.

Apropos, ein Pariser Blatt, der „Petit Parisien“, behauptet von den deutschen Sozialisten, sie seien ganz gouvornemental und gut kaiserlich geworden. Und um diesem Scherz eine pikante Würze zu geben, wird von dem Pariser Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ — die in der Wahl ihrer Korrespondenten sehr vorsichtig ist und jeden vor der endgiltigen Anstellung erst einen strengen Besichtigungsnachweis für unfreiwillige Komik, journalistische Taschenspielererei und ähnliche, heutzutage nicht mehr brotlose, sondern im Gegentheil höchst einträglich Künste ablegen läßt — also der Pariser Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ würzt die Notiz des „Petit Parisien“ durch die Bemerkung, besagtes Blatt sei „eins der gelesesten Organe der Pariser Sozialisten“ — nämlich genau so wie die „Kreuz-Zeitung“ „eins der gelesesten Organe“ der Berliner Sozialdemokraten ist. Solche Späßchen gehören dazu, eine Zeitgeschichte à la Kreuz-Zeitung zu schreiben.

Daß die Pariser Arbeiter keine Chauvinisten sind, wie „Der kleine Pariser“ — beiläufig ein Blatt ohne jeglichen Einfluß — das brauchen wir unsern Lesern nicht zu sagen.

Parnell wird von seiner Stelle als „Führer“ der irischen Homeuler zurücktreten. Er wehrte sich zwar mit Händen und Füßen — mußte aber schließlich in den saueren Apfel beißen. Um die Pille zu verschlucken, wurde ihm gesagt, er solle nur zeitweilig zurücktreten. Indeß das zeitweilig wird wohl bis zum St. Nimmerleinstag dauern. Von der Politik gilt zwar ebenso wie von der Liebe das französische Sprichwort: Il ne faut dire ni jamais ni toujours — man soll nie Niemals sagen, so wenig wie Immer, — trotzdem glauben wir das Urtheil wagen zu können, daß Herr Parnell auf den politischen Schauplatz nicht mehr zurückkehren wird — wenigstens nicht als Mr. Parnell, d. h. nicht als der Diktator der irischen Homeuler-Partei und neben Gladstone mächtigster Oppositionsführer in England. Herr Parnell, bisher einer der größten Schlaupüßler im Irngarten der Politik, hat seit ihm das Pech mit Mr. O'Shea passirt, Dummeheiten über Dummeheiten gemacht. Wäre er sofort, als die Sache ruckbar ward, auf einige Zeit verduftet, dann wäre Alles bald wieder ins Geleise gekommen. Statt dies zu thun, wollte er der öffentlichen Meinung trocken und hat dabei seinen politischen Ruf verloren. Eine Genugthuung freilich hat er: Gladstone wird er in seinen Sturz mit hineinreißen, und die englische liberale Partei hat er zu Grund gerichtet. Das ist jedoch ein Erfolg, der sicherlich nicht in seinem Interesse war — vielleicht auch nicht in seiner Absicht — ein Erfolg, über den wir uns aufrichtig freuen können, und der vorläufig den englischen Konservativen das Hest wieder in die Hand giebt.

In Newswales-Australien ist nach den letzten Nachrichten von der Legislation Anfangs Oktober ein Achtstundentag-Gesetz für Bergleute angenommen worden, nach welchem jeder Bergarbeiter dieser Kolonie, welcher an den ersten fünf Tagen der Woche länger als acht Stunden täglich innerhalb der 24 Stunden des Tages, oder länger als 6 oder 7 Stunden (abwechslend) an Sonnabenden (Samstagen) arbeitet, sich einer Gesetzesverletzung (breach of the law) schuldig macht, für welche der diesen Arbeiter beschäftigende Geschäftsleiter (manager) verantwortlich gemacht wird.

Das ist ein großer Sieg der Achtestunden-Bewegung. Da von Bergleuten die Rede ist, so sei hier auf das Fol-

Die haben wohl ihr Verlöbniß im unterirdischen Gang gefeiert.“

Spöttisches Gelächter erscholl; Mechthild ward bald bleich, bald roth, aber sie sagte nichts.

„Der Hochmuth hat das Fräulein aus dem Kloster getrieben und das Geläst nach dem Ehestand“, fuhr die Alte fort. „Aber Ihr werdet nicht mehr lang' mit einander treiben. Die Banern sind schon auf mit Spieß und Stangen. Ihr werdet Euch nicht lang' mehr am Schwelge der Armen mästen.“

„Die Herrlichkeit hat ein Ende!“ rief eine rauhe Stimme und ein hundertfaches Jawohl! Jawohl! brauste nach.

Aber Scherling, der seine Fassung behauptete, fand sich in die Situation. Er zog die zitternde Braut fest an sich, dann wendete er sich gegen die Wäscherin und sprach lächelnd:

„Gute Frau, seht Euch an und sagt mir dann, wer von uns Weiden am meisten gemästet ist!“

Scherling war ziemlich dürr, allzuschlank, wie er zu sagen pflegte, und seine Gegenüberstellung wirkte äußerst komisch bei dem ungeheuren Körperumfang des alten Weibes. Der junge Rathsherr hatte die Lacher auf seiner Seite. Die dicke Wäscherin, die nun einem derben Spott verfiel, zog es vor, schleunigst zu verschwinden.

Was man aus der Menge dem ungeschlachten Weibe nachrief, machte die blaßgewordene Mechthild wieder errotthen.

„Für den alten Drachen wird man eine Extra-Brot-pfanne in der Hölle brauchen,“ rief ein Schusterlehrling.

Aber das war seinem Meister zu viel.

„Halt den Schnabel, Du Unkrautlein,“ zürnte der Meister und zerzte den Lehrbuben so derb am Ohr, daß er laut aufschrie.

Die Menge belustigte sich an diesem erbaulichen Schauspiel und die Nonnen zogen rasch vorwärts. Die meisten strebten den Marktplatz und die Herrengasse zu erreichen; einige verschwanden mit ihren Beschüßern in den Seitenstraßen.

(Fortsetzung folgt.)

grüße, welches die Forderung des Achtstundentages für Bergleute vielfach hat, aufmerksam gemacht. Wir meinen die Vermengung von achtstündiger Schicht oder achtstündiger Arbeitszeit und von achtstündiger Tages-Arbeitszeit oder dem Achtstundentag. Unter Arbeitszeit versteht man gewöhnlich die tägliche Arbeitszeit, die Arbeitszeit binnen der 24 Stunden, die einen Arbeitstag bilden. Im Bergbau sind die achtstündigen Schichten — oder die achtstündige Arbeitszeit sehr häufig, allein da, wo diese achtstündige Arbeitszeit besteht, hat der Bergmann acht Stunden, nachdem er den Schacht verlassen hat, wieder in denselben zurück zu gehen, so daß auf jeden Arbeitstag anderthalb achtstündige Schichten kommen — zusammen zwölf Stunden Arbeit. Zwischen der achtstündigen Arbeitszeit und dem achtstündigen Arbeitstag ist also ein sehr wesentlicher Unterschied. Dieser bedeutet acht und jener zwölf Stunden täglicher Arbeit. Man sei drum vorsichtig, wenn von der achtstündigen Arbeitszeit der Bergleute die Rede ist. In dem oben zitierten australischen Gesetz heißt es deshalb auch wohlweislich: acht Stunden täglich „innerhalb der 24 Stunden des Tages.“

Neueste Nachrichten. Aus London wird gemeldet: Der Premierminister Marquis of Salisbury hielt gestern im Wahlkreise Kossdale eine Rede über die Parnell-Krise. Er beschuldigte den Führer der liberalen Partei, Gladstone, Parnell erst über Bord geworfen zu haben, nachdem sich das öffentliche Gefühl des ganzen Landes nachdrücklich gegen denselben erklärt hatte. Salisbury fordert in seiner Rede Gladstone auf, dem Lande reinen Wein über seine Unterredung mit Parnell in Howards Castle einzuschütten. Der Redner erklärte, das Schicksal Parnell's sei ihm gleichgültig, aber er ziehe den Mann, der verzweifelt um seine Existenz kämpfe, der Gefolgschaft vor, welche er geschaffen, und die sich jetzt gegen ihn gewendet habe. Zum Schluß preist Salisbury die offene Politik der Unionisten, welche von der Geheimniskammer und Doppelsichtigkeit der Opposition günstig abstehe. Man sieht, wie die Tories den „Fall Parnell“ und den Fall Parnell's ausbeuten. —

Nach einem Telegramm aus Paris denkt die französische Regierung daran, den Soldaten Lokale zu verbieten, in welchen Sozialisten verkehren. Der „Herr Telegraph“ scheint uns da etwas ausgeblendet zu haben. Bis auf Weiteres glauben wir nicht, daß die französische Regierung sich so — verbeutlicht hat. —

Nach einem Telegramm aus Breslau hat der Landwirtschaftliche Verein für Schlesien“ beschlossen, Petitionen an den Bundesrath und an den Reichstanzler gegen die geplante Herabsetzung der Getreide- und Viehzölle zu richten, sowie auch eine entsprechende Eingabe an den Reichstag gegen die Aufhebung der Grenzsperrung gelangen zu lassen. Also die Schlesiens Arbeiter sollen Hungerpreise bezahlen, damit die Schlesiens Magnaten ihren unzähligen Millionen noch neue Millionen hinzufügen können. Der Appetit kommt beim Essen; und je mehr diese Herren Kapitalisten (seien es landwirtschaftliche, kommerzielle oder industrielle) verzehren, desto größer wird ihr Geldhunger, desto verzehrender ihre „Begehrlichkeit“. Fort mit den Korn- und Fleischzöllen und den Vieheinfuhr-Verboten! Das muß die Antwort des deutschen Volks auf solche unverschämte Zumuthungen sein. —

Wien, 4. Dezember. Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister Dr. Ritter von Dunajewski legte den Staatsvoranschlag für 1891 vor und begleitete denselben mit einem Exposé, in welchem es heißt: Das Gesamterforderniß ist mit 564 473 940 Fl. (Gulden) veranschlagt, gegenüber dem mit dem Finanzgesetz für 1890 bewilligten Gesamterforderniß von 546 303 035 ergibt sich ein übermäßiges Mehrerforderniß von 18 170 913 Fl. Beim Aufwande für die Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten ergibt sich gegenüber der Beitragsleistung zum gemeinsamen Aufwande für 1891 von 99 767 000 Fl. ein Mehranspruch von 2 460 000 Fl. Das Erforderniß des Ministeriums des Innern bezieht sich um 653 000 Fl. höher als im Vorjahre. Das Ministerium für Landesverteidigung erscheint mit einem um rund 547 000 Fl. erhöhten Aufwande eingestellt. Der Voranschlag des Ministeriums für Kultus und Unterricht weist ein Mehrerforderniß von rund 808 000 Fl. auf. Im Etat des Finanzministeriums ergibt sich ein Mehrerforderniß von rund 555 000 Fl. Das Mehrerforderniß von 12 250 000 Fl. beim Handelsministerium wird mit dem Erfordernisse der vom Staate für fremde Rechnung betriebenen Bahnen und den Anschaffungen zum Zwecke der Errichtung und Erhaltung der Telegraphen- und Telephonleitungen begründet. Für den nächsten in Wien abzuhaltenden Postkongreß ist ein Betrag von 200 000 Fl. eingestellt. Diese Mehransprüche werden indessen nicht nur ausgeglichen, sondern insbesondere beim Eisenbahnbetriebe durch die günstigen Betriebsergebnisse bedeutend überwogen. Das Erforderniß des Alexanderministeriums erscheint um 812 000 Fl. höher, der Voranschlag des Justizministeriums um 198 000 Fl. höher präliminirt als im Vorjahre. Der Pensionsetat ist höher um 294 000 Fl. eingestellt als im Vorjahre. Der Voranschlag der Subventionen und Dotationen weist ein Mindererforderniß von 244 000 Fl. auf, welches mit 197 000 Fl. auf die Subventionen an Grundlastungsfonds, mit 47 100 Fl. auf die Subventionen an Verkehrsanstalten entfällt. Die Subvention für die Nordwestbahn ist um 103 000 Fl. niedriger, jene für die Lemberg-Gzernowitzer Bahn um 764 000 Fl. höher präliminirt. Im Etat der Staatsschuld erscheint ein Mindererforderniß von 417 000 Fl. eingestellt, hiervon entfallen auf die durch das niedrige Agio sich ergebende Verminderung des Münzverlustes 890 000 Fl. Hierauf ging das Exposé auf die Bedeckung ein. —

In seinem Exposé zum Staatsvoranschlag für 1891 veranschlagte der Finanzminister Dr. von Dunajewski die gesammten Staatseinnahmen mit 566 759 572 Fl. gegen 548 820 006 Fl. im Jahre 1890, also um 17 939 566 Fl. höher. Die Einnahmen des Finanzministeriums erscheinen um 4 484 588 Fl. höher, wovon auf die direkten Steuern 1 096 000 Fl. entfallen. Die Gebäudesteuer ist um 421 000 Fl. höher, die Erwerbsteuer um 38 000 Fl., die Einkommensteuer um 259 000 Fl. höher präliminirt. Die Bedeckung des Zollgefälles wird mit einem um 1 560 000 Fl. erhöhten Betrage veranschlagt. Von den indirekten Abgaben ist die Verzehrungssteuer mit einem Mehrertrage von 1 957 400 Fl. eingestellt. Beim Tabakgefälle wird des Erfordernisses für das Handelsministerium ist um effektiv 8 249 974 Fl. höher eingestellt. Die Einnahmen des Alexanderministeriums sind um 863 751 Fl. höher als im Vorjahre. Das Gesamterforderniß für 1891 wird mit 564 473 940 Fl., die Gesamtbedeckung mit 566 759 572 Fl. veranschlagt, es resultirt somit ein Ueberschuß von 2 285 632 Fl. Der im Vorjahre präliminirt gewesene Ueberschuß von 2 516 971 Fl. ist durch den mehreren Fändern aufgetretenen Nothstand und damit verbunden gewesene Unterstützungskredite auf den Betrag von 1 601 971 Fl. herabgemindert. Es ist somit die diesjährige Bilanz um 563 633 Fl. günstiger. —

Ja, die Bilanz ist günstiger, und das österreichische Volk muß mehr bezahlen. Das alte Lied.

Arbeiter-Schutz-Kommission. Berlin, den 4. Dezember. Zu dem § 123, welcher davon handelt, unter welchen Umständen Gesellen und Gehilfen sofort und ohne Kündigung entlassen werden können, haben Grillenberger und Mollenbühr beantragt, in Ziffer 8 hinter dem Worte „Arbeiter“ einzuschalten: „dauernd“. Grillenberger begründet den Antrag damit, daß gegenwärtig vielfach Arbeiter einfach ohne Kündigung entlassen werden, wenn sie krank werden, weil sie dadurch „zur Fortsetzung der Arbeit unfähig“ werden. Es sei nötig, hierüber einmal eine authentische Erklärung von Seite des Gesetzgebers zu geben, damit nicht, wie es von inhumanen Meistern jetzt oft geschieht, dem aus dem Krankenhause kommenden Arbeiter gesagt wird: ja, du warst ja durch deine Erkrankung unfähig geworden, die Arbeit fortzusetzen, ergo bist du entlassen. Am besten werde der Arbeiter gegen ein solches Verfahren durch die Einfügung des Wortes „dauernd“ geschützt werden. Nachdem Herr Müller sein Erstaunen ausgedrückt, daß solche Entlassungen möglich, und er seine Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag zu erkennen gegeben, wurde dieser mit großer Mehrheit angenommen. Ein Amendement Gutfleisch, in Ziffer 7 hinter „verleiten“ einzufügen: „oder zu verleiten versuchen“, wird gleichfalls angenommen, ebenso in Konsequenz des Zusatzes zu § 123 auch in § 124, Absatz 1, das Wort „dauernd“ eingefügt.

Hierauf kam der vielbesprochene § 125, Buße für Kontraktbruch, zur Berathung.

Hg. Krause erklärt sich gegen die in erster Lesung gefaßten Beschlüsse, die eine juristische Monstrosität seien.

Mollenbühr erwähnt die gegenwärtige Aussperrung der Hamburger Zigarrenarbeiter, die durch den Wortbruch der Fabrikanten und durch deren Bestreben, die Organisation der Arbeiter zu sprengen, herbeigeführt wurde, wobei die Herren Unternehmer sich keineswegs an die gesetzliche Kündigungsfrist gehalten, sondern einen großen Theil ihrer Arbeiter zum sofortigen Aufhören veranlaßten und nur diejenigen während der Dauer der Kündigungsfrist weiter arbeiten lassen wollten, deren Arbeit sie gerade nötig gebräuchten. Diese seien aber darauf nicht eingegangen, sondern hätten natürlich auch aufgehört, so daß dadurch der Herr Minister in die Lage kommen würde, seine Kontraktbruchziffern um etliche Tausend zu vermehren. Hätten wir nun schon den § 125 in Kraft, so hätten die Fabrikanten mit Hilfe des § 115, der ihnen die Lohninbehaltungen gestattet, sich zu ihrem skruvlen Vorgehen auch noch einen bedeutenden Vermögensvorteil verschaffen können. Er ersuche dringend, diesen Paragraph, der jetzt schon eine große Erbitterung in der Arbeiterwelt hervorgerufen, abzulehnen.

Dr. Gutfleisch polemisiert gegen seinen Parteigenossen Dr. Krause und sucht den Paragraph vom juristischen Standpunkt aus zu verteidigen. Ein erhebliches Unrecht geschehe den Arbeitern mit der Annahme dieser Bestimmung nicht. Von Grillenberger wurde letztere Kleuierung sofort gebührend festgenagelt und auch auf den Widerspruch verwiesen, der darin liege, diese ungerechte Bestimmung nur auf Betriebe anzuwenden zu wollen, die bis zu 20 Arbeiter beschäftigen. An der Debatte, die zum Theil eine ziemlich erregte wird, betheiligen sich wiederholt Mollenbühr, Grillenberger und Müller, Gutfleisch, Hirsch, Krause, Hise, v. Kleist-Mehow. Letzterer beantragt, statt „5 Tage“ zu setzen „eine Woche“. Dieser Antrag wird mit 15, Absatz 1, 2 und 3 mit 18 und der ganze Paragraph mit 19 Stimmen angenommen. Dagegen sind nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen (letztere mit Ausnahme Gutfleisch's).

Die §§ 126—128 werden ohne Debatte angenommen, ebenso die §§ 133 a—d mit geringfügiger redaktioneller Aenderung.

Mit § 134 beginnt der Abschnitt über „die Verhältnisse der Fabrikarbeiter.“

Der § 134 wird mit dem von der Kompromißkommission beantragten Zusatz: „Die Bestimmungen der §§ 115 Absatz 3 und 125 Absatz 1 finden auf Arbeitgeber und Arbeiter in Fabriken, welche regelmäßig mindestens 20 Arbeiter beschäftigen, keine Anwendung“ angenommen, desgleichen 134 a mit dem Kompromißzusatz: in Absatz 1 hinter „Fabrik“ in der ersten Zeile einzuschalten: „welche regelmäßig mindestens 20 Arbeiter beschäftigen.“

In § 134 b ist, wie in der analogen Bestimmung für Gesellen und Gehilfen, der Passus enthalten, daß die Kündigungsfristen für Unternehmer und Arbeiter gleiche sein müssen. Denselben wollen die Kompromißler als angeblich überflüssig streichen. Schmidt beantragt, daß den Arbeitern Strafen und Lohnabzüge immer sofort mitgetheilt werden, nicht erst bei der oft nur allmonatlich stattfindenden Lohnzahlung. Der Streichungsantrag wird angenommen, ebenso das Amendement Schmidt. Ferner die sämtlichen nachstehenden Kompromiß-Anträge:

Im Absatz 2 den dritten Satz zu fassen:

„Das Recht des Arbeitgebers, Schadensersatz zu fordern oder bei rechtswidrigem Verlassen der Arbeit an Stelle des Schadensersatzes die Verwirkung des rückständigen Lohnes bis zum Betrage des durchschnittlichen Wochenlohns auszubedingen, wird durch diese Bestimmung nicht berührt. Ueber die Verwendung des an Stelle des Schadensersatzes verwirkten Betrages muß in der Arbeitsordnung Bestimmung getroffen werden.“

Hinter „Einrichtungen“ die Worte: „sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes“ einzuschalten.

Mit Zustimmung eines für die Fabrik bestehenden ständigen Arbeiterausschusses können in der Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen ausgenommen werden.

Den letzten Satz in Absatz 2 wie folgt zu fassen: Die Geldstrafen sind in ein Verzeichniß einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergeben muß und auf Erfordern dem in § 139 b bezeichneten Beamten jederzeit zur Einsicht vorzulegen ist.

Dieser also veränderte Paragraph wird mit 16 Stimmen angenommen, desgleichen die §§ 134 c und d; e mit dem Zusatz: „Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behändigen“.

1. g. letzterer unter Wiederherstellung der Worte:

„nach dem 31. Dezember 1890.“

Hinter § 134 g wird auf Antrag Gutfleisch und Gen. folgender § 134 h eingeschoben:

„Als ständige Arbeiterausschüsse im Sinne der §§ gelten nur:

1. die Vorstände der Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen oder anderer für die Arbeiter der Fabrik bestehender Kassenrichtungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;
2. die Knappschaftskassen von Knappschaftsvereinen für Betriebe, welche nicht den Bestimmungen der Vergesetze unterstehen, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;
3. die bereits vor Erlass dieses Gesetzes errichteten ständigen Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden;
4. solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den volljährigen Arbeitern der Fabrik oder der betreffenden Betriebsabtheilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abtheilungen des Betriebes erfolgen.“

Der § 135 bestimmt u. a., daß Kinder unter 13 Jahren in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen. Kinder über 13 Jahren dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind. Man hat seiner Zeit bei Annahme dieser Bestimmung speziell auf die bayerischen Schulverhältnisse Rücksicht genommen.

Von Böllmer und Hirsch wird nun beantragt, statt 13 wieder 14 zu setzen, ebenso den Schutz für jugendliche Arbeiter (zehnständige Arbeitszeit) statt bis zum 16. Lebensjahre bis zum 18. zu erstrecken. Für diese Anträge sprechen Hirsch, Böllmer, Grillenberger, dagegen Trölsch, Dr. Schäbler, von Kleist-Mehow, sowie die Regierungsvertreter.

Müller und Stumm beantragen, den Absatz 4 der Regierungsvorlage wiederherzustellen; Müller fügt dem noch bei, statt Kinder Knaben zu setzen.

Bei der Abstimmung werden die Amendements Hirsch mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt (das Centrum stimmt getheilt). Der Müller'sche „Knaben-Antrag“ wird abgelehnt, ebenso die Wiederherstellung des ursprünglichen Abs. 4 der Regierungsvorlage. Hierauf wird der Paragraph in der Fassung der ersten Lesung angenommen. § 136 wird ohne Diskussion angenommen.

Zu § 137 verlangen Freisinnige und Sozialdemokraten die Festsetzung eines einheitlichen zehnständigen Arbeitstages für Frauen, entgegen den Bestimmungen der ersten Lesung, durch welche der Arbeitstag für Arbeiterinnen im Allgemeinen auf 11, für verheirathete auf 10 festgesetzt wurde. Müller und Genossen verlangen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, Abs. 4 (11ständige Arbeitszeit für Frauen mit Verlängerung der Mittagspause um eine halbe Stunde für solche, „welche ein Hauswesen zu besorgen haben“). Zu dem letzten Absatz, die Wöchnerinnen betreffend, beantragt die Kompromißkommission: „Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der darauf folgenden zwei Wochen nur dann beschäftigt werden, wenn das Zeugniß eines approbirten Arztes dies für zulässig erklärt.“

In erster Lesung waren generell sechs Wochen beschlossen worden. Herr Müller vertritt diese Anträge, Reg.-Rath König erklärt den Zehnstundentag für Arbeiterinnen seitens der Regierung als unannehmbar, Hirsch und Mollenbühr treten für die zehn Stunden ein. Hise hält an der verschiedenen Arbeitszeit für verheirathete und ledige Arbeiterinnen fest.

Bei der Abstimmung wird der allgemeine Zehnstundentag für Frauen abgelehnt, der Antrag Hise, für die Vorabende von Sonn- und Festtagen 10 Stunden festzusetzen, wird angenommen. Sodann wird bezüglich des Abs. 4 sowohl die Regierungsvorlage als auch die Fassung der ersten Lesung abgelehnt, so daß dieser Punkt offen bleibt. Abs. 5, die Wöchnerinnen betreffend, wird nach dem Kommissionsantrag angenommen.

§ 138 gelangt ohne Debatte zur Annahme. Hierauf Vertagung auf morgen früh 10 Uhr.

Die Wahlprüfungs-Kommission trat heute, nach der Vertagung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Verhandelt wurde zunächst über die Wahl des konservativen Abgeordneten von Weyrauch (Kassel-Melsungen). von Weyrauch wurde erst bei der Stichwahl mit 11 795 gegen 10 223 Stimmen, welche auf den Sozialdemokraten Pfannkuch fielen, gewählt. Gegen die Wahl liegt ein Protest vor, und zwar richtet sich derselbe hauptsächlich gegen einen Erlass des Landrathes im Kreise Melsungen, welchen dieser zur Stichwahl erlassen hat und worin, nach der Behauptung des Protestes, verfügt sei soll, daß im Wahllokale nur Wähler aus dem betreffenden Wahlbezirke zugelassen seien. In Folge dieses Erlasses wurden in einer ganzen Reihe von Ortschaften die aus Kassel und Gschwewe zur Kontrolle an den Wahlurnen erschienenen Vertreter des sozialdemokratischen Zentral-Wahlkomitees gewaltsam aus dem Wahllokale entfernt; an anderen Orten überhaupt gar nicht erst zugelassen. Die Wahl stand schon vor den Thüren auf der Tagesordnung der Kommission, doch wurde damals die Entscheidung ausgesetzt.

Mittlerweile ist durch Entscheidungen der Strafkammer Berlin II. und des Kammergerichts festgestellt, daß eine Beschränkung der Oeffentlichkeit der Wahlhandlung dahin, daß nur Wähler aus dem Wahlbezirk oder Kreise im Wahllokale anwesend sein dürfen, nach dem Wortlaute des Gesetzes, sowie auch nach den gelegentlich seiner Berathung im Reichstag von Rednern der Majorität wie auch von Vertretern des Bundesraths abgegebenen Erklärungen unzulässig sei. Die betreffenden Urtheile wurden in der Kommission verlesen und nach längerer Debatte beschlossen, die Entscheidung über die Tragweite des landrathlichen Erlasses, sowie aller übrigen Protestpunkte auszusprechen; weiter die Regierung zu ersuchen, daß Circular des Landrathes einzufordern, und Erhebungen über die Zeit und Art der Verbreitung desselben anzuordnen. In der Kommission wurde festgestellt, daß im Kreise Melsungen bei der Stichwahl auf v. Weyrauch 2952, auf Pfann-

Luch 1164 Stimmen fielen. Würde die Kommission zu einer Kaffnung des Wahlaktes für den Kreis Neufungen kommen, so verblieben für Beyrauch nur 8809, für Pfannkuch dagegen 9049 Stimmen. Ersterer hätte sonach nicht mehr die Majorität und käme es in diesem Falle zu einer Neuwahl.

Am 1. dieses Monats starb in Zürich Carl Luebeck im Alter von 47 Jahren. Luebeck war seit zwei Jahrzehnten in der demokratischen und sozialdemokratischen Presse thätig und ist vielen unserer Leser bekannt. Das letzte Drittel seines Lebens brachte er in Zürich zu, wohin er aus

Deutschland hatte flüchten müssen. Ein schweres Leiden, das fast anderthalb Jahrzehnte lang die Hälfte seines Körpers vollständig lähmte, vermochte nicht den Gleichmuth und die Seelenstärke des tapferen Freiheitskämpfers zu brechen. Ehre seinem Andenken!

Zinnenmärchen und Sensations-Enten über unsere Partei sind auch in der amerikanischen Presse letzter Zeit an der Tagesordnung gewesen. Unter den Enten über den Haller Kongress zieht aus dem Sumpfe der Bourgeoispreffe unser New-Yorker Partei-Organ eine besonders lustige und seitte ans Tageslicht. Der Berliner Korrespondent der „New-Yorker Staats-Zeitung“ konnte nämlich

den Amerikanern verrathen, wer denn eigentlich den Haller Kongress beherrscht habe — nämlich Genosse von Bollmar. Er schreibt darüber:

„Vor seinen Worte zogen sich auf dem Parteitag die Herren Bebel und Singer stets ehrerbietig zurück und jeder seiner Anregungen wurde Folge geleistet.“

Dazu bemerkt unser New-Yorker Partei-Organ mit lakonischer Kürze: „Die engeren Genossen hier selbst, welche die Parteiverhältnisse kennen, werden sich nicht schlecht amüfieren über diese Infimiation.“ Stimmt!

Theater.

Freitag, den 5. Dezember.

Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.

Schauspielhaus. Colberg.

Lesing-Theater. Sodoms Ende.

Berliner Theater. Goldfische.

Deutsches Theater. Das verlorene Paradies.

Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Königsgardist, Sonne und Erde.

Wallner-Theater. In Hemdsärmeln.

Pension Schölller.

Residenz-Theater. Der Kampf ums Dasein.

Viktoria-Theater. Die sieben Raben.

Pellealliance-Theater. Einer von uns're Leut'.

Ostend-Theater. Vor Sonnenaufgang.

Thomas-Theater. Der Soldatenfreund.

Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.

Bürgerliches Schauspielhaus. Der Eisonkel.

Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.

Clara Conrad, Vieder- und Walz-sängerin.

Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.

Mr. Samitti mit seinen dressirten Hunden.

Mr. O. Worch, Produktionen an römischen Ringen.

Max Menzel, Gesangs-komiker.

Mr. Koberstein, Malabarist.

Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:

Grosses Concert. Direktion A. Rüdman.

Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.** Wochentags 10 Pf., Sonn- und Festtags 25 Pf.

Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.

641 F. Müller.

Gratweil'ige Bierhallen Kommandantstr. 77-79.

Täglich:

Grosses Concert mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor S. Sanftleben.

Wochentags: **Frei-Concert.** Sonntags Entrée 20 Pf.

Empfehle auch zugleich 3 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.

708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23. [742]

Lebensgroße Wachsfiguren. Panoramen. Dioramen. Ethnographische Sammlungen. Italienische Volks-sänger. Entrée 50 Pf. Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.

8, 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Amazonen-Corps

Vorstellung Vorm. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr. Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr stündl. eine Vorstellung. Extra-Entrée 30 Pfg. Kinder frei.

23 Amazonen, 10 Ritter aus Jähomay.

Circus Renz.

Karlstraße.

Freitag, den 5. Dezember cr., Abends 7 Uhr:

Aschenbrödel

oder:

Der gläserne Pantoffel.

Großes phantastisches Zauber-märchen in 4 Abtheilungen, arrangirt und in Szene gefest vom Direktor E. Renz.

Im 2. Bild:

Neu! Einlage! Neu!

Polnischer Nationaltanz,

ausgeführt von den Damen Simony, Jabczynska, den Herren Aposnansky und Jabczynsky, begleitet von den Koryphäen und dem Corps de Ballet. Außerdem: 12 arab. Schimmelhengste, dressirt und vorgef. von Herrn Franz Renz, Kandelaber, ger. v. Herrn Ernst Renz (Enkel). Großes Turde-Rennen, geritten von Damen und Herren mit 24 Vollblut-Springpferden. Der phänomenale Reittänzer Mr. J. F. Clarke. Schulpferd Negro, geritten von Fr. Vidal. Auftreten der vorzüglichsten Künstlerinnen und Künstler.

Morgen Abend 7 Uhr: Vorstellung.

Sonntag: Zwei Vorstellungen, um 4 Uhr Nachmittags (1 Kind frei):

Mazeppa.

Um 7 1/2 Uhr Abends:

Deutsche Turner.

E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Str.

Freitag, den 5. Dezember cr., Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Clown- u. Komiker-Vorst.

Wer lachen will, muß heute kommen!

Aus dem reichhaltigen, urkomischen Programm sind hervorzuheben: Zum 1. Male: Mr. Watson mit seinen beiden vorzüglich dressirten Eseln.

Mr. u. Mrs. Brown auf Reisen, sehr komische Scene.

Spring-Potpouri von allen Clowns.

Auftreten der Equilibristin Miss Eily Footit. Faust und Gretchen, vorgef. von Herrn Ernst Schumann. Entree des Miniatur-Clown Jos. Parforce-Reiterin Miss Viktoria. Aufforderung zum Tanz, Ballet von 20 Damen.

Mr. Royal als Jockey. Simbo, deutscher Original-Sprechclown. Fräulein Bonnet, Voltige. Parforce-Reiter Hef. Long Head, komisches Entree d. Clowns Tom Felix. Schul-Quadrille mit 4 Kapphengsten, geritten von 4 Herren.

Mr. Melas als Affenmensch. Der englische Jockey (Parodie), dargestellt vom beliebten Clown Lanti &c.

Sonabend, den 6. d. Mis.:

Große Vorstellung.

Zum 1. Male: Die neue Wasser-Pantomime: Eine ländl. Hochzeit. Der Circus ist gut geheizt!

Neu. City-Passage. Neu.

Dresdener-Strasse 52. 1815 Täglich:

Rudolf Förster-Konzert.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 20 Pf.

Geschäftshaus S. Heine

Chausseestr. 14.

Die schönsten Kinderkleider und -Zaden für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröde, Unterröde, Tricottailen u. Bloujen, auch im Einzelverkauf sehr billig! Waachbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt! Normal-Unterkleider und Tricotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe &c.

Geschäftshaus S. Heine.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein

Weiß- u. Bairisch Bier-Lokal

Zum rothen Stern, Gr. Frankfurterstr. 27, Eing. Debusstr.

In Unfallsachen

übernimmt der Unterzeichnete die Behandlung von **Berufungen beim Schiedsgericht oder Rekursklagen beim Reichs-Versicherungsamt**, und kann den Arbeitnehmern als früherer Berufsgenossenschafts-Beamter **sachgemässe und wirksame** Unterstützung bei Berechnung billiger Preise zusichern.

H. Balz,

Auskunfts-bureau in Reichs-Versicherungs-Angelegenheiten. Berlin SO, Na nymstr. 23.

Mehlhandlung

L. Brachvogel,

Mantuffelstr. 75.

Zum bevorstehenden Feste empfehle ich meine nach jeder Richtung vorzüglichen und preiswerthen Mehle (ausgezeichnet backend).

1817

Rosinen, Mandeln, Biscuits &c.

Wiener Mehl 28 Pf.

Kaiser-Auszugsmehl 20

Bestes Weizenmehl 18

Sultaninen 70

Große Rosinen 40 u. 50

Korinthen 40

Mandeln, süß u. bitter 120

Regulator, En-gros-Lager H. L. Böttcher,

Friedenstraße 96 b, 11, Landsberger Thor, 1898

Unserem Freund und Genossen Eduard Flieger zu seinem heutigen Wiegens-feste ein donnerndes lebe Hoch! Ede ob wohl heute Abend die Beupelstraße wackeln wird? 1882 H. S. J. S. C. S.

Am 3. d. M. verschied nach schwerem Leiden unser Kollege 1888

Herr Hermann Jacobi.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Berlin, den 4. Dezember 1890.

Die Kollegen der Kossner'schen Lederwaaren-Fabrik.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Vater, der Droschkenkutscher 1897

Julius Gross

am 2. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 6. d. M., Nachmittags 2 Uhr, von der Charitee aus nach dem Zionkirchhof in Weipenssee statt.

Um stilles Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen Familie Gross.

Zimmerleute!

Versammlung

der Freien Vereinigung

am Montag, den 8. Dezember cr., Abends Punkt 8 Uhr, in Wille's Salon, Hochstraße 32.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Wislaffe.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Jeder Zimmerer ist willkommen.

Der Vorstand.

1888 J. A.: Hugo Lehmann.

Ausserordentliche General-Versammlung der Einsezer (Tischler) Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 7. Dezember cr., Vormittags 10 1/2 Uhr, Neue Friedrichstr. Nr. 44.

Tagesordnung:

1. Innere Vereins-Angelegenheit.

2. Verschiedenes. 3. Fragelasten.

Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Arbeits-Nachweis des Vereins der Einsezer findet Ballisfabenstraße 61 bei Herrn Krohne unentgeltlich statt. Alle Mann am Plaze.

1890 Der Vorstand.

Ich erkläre hiermit auf die Verdächtigungen, welche verschiedenartig über den Verein „Fecht-Club Nord-Ost Berlin“ gepflogen werden, daß uns Antisemiten-Verbindungen gänzlich fern liegen, da dieselben sich nicht mit unserm Lösungswort, welches auf unserm Banner steht: 1883

Einigkeit macht stark!

vereinbaren. Unser Verein steht auf solidarischen Boden und sucht nach Innen wie Außen auf jedem wirtschaftlichem Gebiet hilfreich einzugreifen.

J. Feldhahn, Vorsitzender, Gastwirth und Eigenthümer, Weidenweg 12.

Wohlfühlverein der Former.

5. Stiftungs-fest

am Sonnabend, den 6. Dezember, Abends 9 Uhr, im Böhmischem Brauhause, Landsberger Allee 11-13.

Grosser Ball, Feste, Verloosung, verschiedene Ueberrassungen. Unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Männerchor St. Urban“ (vom Arbeiter-Sängerbund).

Zu diesem Stiftungs-feste sind sämtliche Kollegen, Genossen und Bekannten freundlichst eingeladen. Billets sind bei den Kassirern und beim Vergnügungs-komitee zu haben.

Verein zur Wahrung der Interessen d. Klavierarbeiter und Berufsgenossen.

Mitglieder-Versammlung für den Norden

am Sonnabend, den 6. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Minner's Salon, Rosenthalerstraße 11-12.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheit. — Neue Mitglieder werden in dieser Versammlung aufgenommen.

Am 3. Weihnachtsfeiertag: **Geselliges Vergnügen** für die Mitglieder bei Deigmüller's, Alte Jakobstr. 48a.

Der Vorstand.

Fachverein der Putzer.

Mitgliederversammlung am Sonntag, 7. Dez., Bm. 11 Uhr, Dresdenerstraße 96.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Rechtsschutzsachen. 3. Verschiedenes. Gleichzeitig mache ich die Kollegen auf die am 1. Weihnachtsfeiertag stattfindende **Matinee** aufmerksam und bitte um recht zahlreiche Beteiligung, damit auch den Nothleidenden unserer Kollegen und deren Familien wenigstens zu Neujahr eine kleine Freude zu Theil werde. — Billets zur Matinee, sowie zu dem am 10. Januar stattfindenden **Maskenball**, sind bei sämtlichen Vorstands- resp. Komiteemitgliedern zu haben.

1884 Der Vorstand. J. Neumann, Alvenslebenstr. 8a.

Freie Volksbühne.

Sonnabend, den 6. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr:

2 öffentliche Versammlungen für Frauen und Männer.

1) **Etablissement Eiskeller,** 2) **Habel's Brauerei,** Chausseestraße. Bergmannstr. 10/11.

L. D.: Die Arbeiterschaft Berlins und die „Freie Volksbühne“.

Referenten: Herr Julius Türk und Herr Dr. Lütgenau.

1895 Der Vorstand.

Zehlendorf.

Gr. Volksversammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Aigners Höhe“.

Tages-Ordnung: 1. Die Ziele der Sozialdemokratie. Referent: G. Kehler, Regierungsbaumeister a. D. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet Der Einberufer. NB. Zur Deckung der Unkosten findet eine Teller-sammlung statt.

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.** 1888

Achtung! Buchdruckerei-Hilfsarbeiter!

Wegen Lohn-differenzen hat das **Hilfspersonal von Mosse (B. Tgbl.)** die Arbeit eingestellt. 1892

Zugung ist fern zu halten.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.

Fabrik. Emil Heyn,

Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Winter-Paletots und Anzüge

bei billigen Preisen empfiehlt das bekannte

Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft

von 425

Julius Lindenbaum

Große Frankfurterstr. 139. Spezialität: Ausfertigung nach Maß und Arbeits-sachen. (Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Evorabräu.

vom Fass à Glas 10 Pf. sowie vorzügliches Weibier empfiehlt

Bruno Feige, Berv.

Markusstraße 31, an der Frankfurterstraße. Vereinszimmer mit Klavier. „Vollblatt“ und „Tribüne“ liegen aus.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozeffen, Einziehung von Forderungen. 1897

Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, 11.

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plaze bekanntlich Größte Auswahl. Garantirt scharf brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Eade'schen Markt. [746]

Kanarienhähne zu verkaufen,

Mariendorferstr. 14, Hof 4 Tr. 2.

Ein in Verlegenheit gerathener Genosse bittet einen Genossen um ein Darlehen von 50 M. auf 2 Monate gegen fünffache Sicherheit. Zu erfragen bei Jacob, Moabit, Stendalerstr. 4, Seitenfl. 4 Tr. 1890

Arbeitsmarkt.

Einen Vergolder, Farbigmacher, weif. 1889) H. Gilschke, Pappel-Allee 20.

Einen tüchtigen Vergolder-gehilfen verlangt R. Hoffmann, Wilhelmstr. 37.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 4. Dezember, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, Vize-Admiral Hollmann, Präsident des Reichs-Patentamtes von Sojanowski und Kommissarien.

Eingegangen ist die Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1889.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) beantragt, den zweiten Absatz des § 1, welcher bestimmt, daß das Reich seine Zustimmung dazu erteilt, daß Helgoland mit dem preussischen Staat vereinigt wird, zu streichen. Wenn der Staatssekretär v. Bötticher neulich gesagt hat, er bedauere, daß der Reichstag nicht im Stande sei, Helgoland mit Dänemark zu vereinigen, so theile ich dieses Bedauern nicht, weil ich es nicht für zweckmäßig halte, Helgoland mit Dänemark an Preußen kommen soll. Helgoland soll deutsch, nicht preussisch werden. Es ist ein kolossales Verbrechen anzunehmen, daß Hamburg nicht im Besitz von Helgoland gewesen ist. Hamburg ist seit dem 15. Jahrhundert mindestens Schutzherrin gewesen, und erst seit dem 17. Jahrhundert ist Schleswig-Holstein in den Besitz der Insel gekommen. Nun gebe ich zu, daß bezüglich der sanitären Einrichtungen event. auch der Errichtung der zoologischen Station und der übrigen Desiderien allerdings Preußen die Wünsche der Bewohner erfüllen kann. Ich kann dies aber nicht zugeben bezüglich des Bootsengewerbes. Das Bootsengewerbe der Helgoländer besteht in dem Hineinbugsen der Schiffe bis nach Kurhaven, wenn nicht bis Hamburg, und darüber hat nicht Preußen, sondern das Reich zu bestimmen event. Hamburg. Jedenfalls müßte erst Preußen mit Hamburg darüber in Unterhandlungen eintreten. Wenn die Helgoländer wirklich mit Vertrauen auf die Regierung blicken, so geschieht dies in der Annahme, daß auch ihre Erwartungen erfüllt werden. Ueberhaupt glaube ich, daß das Reich am besten in der Lage ist, die allgemeinen Interessen in Helgoland wahr zu nehmen. Ich will darauf hin, daß die Geräte, welche für die Rettung Schiffbrüchiger notwendig sind, bis jetzt vom Reich nicht geliefert sind, und daß der Verein zur Rettung Schiffbrüchiger allein die Sache in die Hand genommen hat. In dieser Beziehung müßte noch Vieles geschehen.

Staatssekretär v. **Bötticher**: Die wirtschaftlichen Beziehungen, welche zwischen Hamburg und Helgoland bestehen, geben noch keinen Anlaß, eine politische Verbindung zwischen beiden herbei zu führen, ganz abgesehen davon, daß der Zuwachs vielleicht für Hamburg gar kein angenehmer sein würde. Die preussische Regierung wird vollständig im Stande sein, die Interessen der Insel wahr zu nehmen und auch den Interessen der Schifffahrt und der Helgoländer Boote zu dienen. Die Helgoländer gehen nicht gern von ihren alten Gewohnheiten ab, aber die Anschauungen werden sich klären und Helgoland wird sich dem Fortschritt öffnen. Auf der Insel sieht man mit vollem Vertrauen der Einverleibung der Insel in Preußen entgegen.

Abg. **Panmbach** (Berlin): Das Gebiet der Insel ist ein so kleines, daß es zu Absurditäten führen würde, wollte man dafür eine besondere Verwaltung einrichten. Preußen wird ohnehin, auch wenn es die Insel seinem Verwaltungsapparat eingegliedert, noch Opfer bringen müssen für die Erhaltung der Insel, deren Umfang bekanntlich mehr und mehr sich verkleinert. Erfreulich sei es, daß Herr Stadthagen die Einverleibung der Insel in das Reich nicht mehr bestritte.

Abg. **Stadthagen** erklärt, daß er sich dagegen niemals ausgesprochen habe, Helgoland dem Reich einzuverleiben. Der Zutritt Helgolands zum Bundesgebiete wird einstimmig, die Einverleibung in Preußen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Im Uebrigen wird der Gesetzesentwurf ohne Debatte angenommen.

Darauf folgte die nochmalige Abstimmung über den gestern schriftlich vorliegenden Antrag Rieders auf Beanstandung der Wahl des Abg. v. Rieden. Der Antrag wurde wie gestern angenommen.

Die erste Berathung des Gesetzesentwurfs betr. die Abänderung des Patentgesetzes leitete der Staatssekretär v. **Bötticher** ein: Die Aenderung des Patentgesetzes entspricht den vielfach geäußerten Wünschen der Beteiligten; die Vorlage ist gründlich vorbereitet worden durch die Beratungen der Techniker und durch die Literatur. Die Zahlen der Statistik zeigen, daß das deutsche Patentverfahren überall im Ruf nach Besserung steht; die deutschen Patente werden sehr hoch geschätzt und das liegt in dem Vorführungsverfahren, welches die Garantie dafür giebt, daß die Erfindung auch wirklich eine neue ist. Wenn wir zu dem bloßen Anmeldeverfahren übergehen würden, würden wir damit erst eine Probe machen müssen und dadurch würde der Werth der deutschen Patente im Ausland herabgedrückt werden. Diese Gründe, welche für die Beibehaltung des Prüfungsverfahrens sprechen, bitte ich besonders zu beachten. Man kann zweifelhaft sein, ob die jetzige Organisation des Patentamtes oder die neu vorgeschlagene die bessere ist; jedenfalls hat die jetzige Organisation zu Klagen geführt. Das Amt arbeitete bisher, mit Ausnahme der Person des Präsidenten, lediglich mit Mitgliedern, die im Nebenamt beschäftigt waren. Die Kenntnis der wirtschaftlichen Dinge, welche diesen in praktischen Leben lebenden Mitgliedern bewohnt, ist ja ein großer Vorzug; aber eine einheitliche Anwendung der Grundsätze des Patentwesens konnte dabei nicht herbeigeführt werden. Jetzt werden Sie zu wissen haben, ob die Vorschläge der Regierung, welche die Einheitlichkeit des Verfahrens sichern und dem Patentamt neues Blut zuführen wollen, Ihre Billigung finden. Zudem ich alles Uebrige, was ich auf dem Herzen habe, für die Spezialberathung aufbewahre, schließe ich mit dem Wunsch, daß der Entwurf, von dem ich überzeugt bin, daß er der Industrie gute Dienste leisten wird, auch bei Ihnen Befall finden möge. Wir haben keine andere Absicht gehabt, als unserer Industrie einen Dienst zu leisten; thun sie dasselbe. (Beifall rechts.)

Abg. **Goldschmidt** (Hr.) erklärt, vorbehaltlich einiger Abänderungen in Einzelheiten, sei mit der Vorlage einverstanden. Das Prüfungsverfahren sei ein Segen für die Industrie gewesen. Um die Wirkungen des Prüfungsverfahrens vollständig zum Ausdruck kommen zu lassen, muß aber ein kontraktliches Verfahren für die Patentfächer eintreten, so daß sie ihr Recht geltend machen können, was ihnen jetzt bei dem rein administrativen Verfahren abgeschnitten ist. Es ist ein Vorzug der Vorlage, daß in dieser Beziehung Abhilfe geschaffen ist. Eine wesentliche Verbesserung ist die Ausdehnung des Patentschutzes auf die mittelst eines geschützten Verfahrens hergestellten Erzeugnisse. Die wichtigste Aenderung ist, daß die nicht ständigen Mitglieder der Anmelde-Abtheilung durch auf Lebenszeit angestellte Beamte ersetzt werden. Es ist zu befürchten,

daß diese Beamten leicht den Zusammenhang mit dem praktischen Leben verlieren, sie daß die Patentgesetze zwar auf ihre Neuheit, aber nicht auf ihre praktische Verwendbarkeit prüfen können. Es ist überhaupt nicht zu ersehen, woher diese Beamten genommen werden sollen. Werde man dafür Industrielle gewinnen? Nach § 27 soll der Antrag auf Nichtigkeitsklärung eines Patents fünf Jahre nach Ertheilung desselben nicht mehr gestellt werden dürfen. Das ist eine Ungerechtigkeit, wie zahlreiche Beispiele beweisen. Die Gebühren müssen ermäßigt werden, denn es kommt oft genug vor, daß die Erfinder die Gebühren nicht bezahlen können und deshalb ihre Patente verfallen lassen müssen; auch industrielle Vereine haben sich für die Herabsetzung der Gebühren von 50 auf 30 M. erklärt. Wünschenwerth wäre auch die Aufnahme einer Bestimmung über die Patentanwaltschaft, welche in irgend einer Weise in das Gesetz eingefügt werden muß. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. v. **Puol** (Z.): Die Nothwendigkeit des Patentschutzes wird jetzt auch von den früheren Gegnern desselben anerkannt; das ist ein erfreulicher Fortschritt und wird auch für die Revision des Patentgesetzes förderlich sein. Mit den Vorschlägen bin ich im Großen und Ganzen einverstanden, namentlich auch mit der Neuorganisation des Reichs-Patentamtes und der vorgeschlagenen Aenderung des Verfahrens. Mit den einzelnen Vorschlägen ist der Redner einverstanden, auch damit, daß fünf Jahre nach der Genehmigung des Patents eine Anfechtung desselben nicht mehr stattfinden soll, weil nur dadurch frivole Anfechtungen der Patente verhindert werden können. Redner bedauert, daß die Wünsche in Bezug auf § 1 nicht berücksichtigt seien; es soll nach wie vor die Neuheit des zu patentirenden Gegenstandes entscheidend sein, nicht der Umstand, daß es sich um eine Erfindung handelt. Schließlich erklärte sich Redner ebenfalls für eine Kommissionsberathung.

Abg. **Gulshy** (Hr.) begrüßt namens seiner Freunde den Entwurf als einen Fortschritt auf dem Wege, das geistige Eigentum zu schützen. Besonders zu billigen ist, daß das bisherige Verfahren beibehalten wird, welches nur verbessert werden soll; das man nicht zum einfachen Anmeldeverfahren übergegangen ist, welches in Frankreich wuchert. Der Kernpunkt der Vorlage ist die anderweitige Organisation des Patentamtes, durch welche eine schnellere Erledigung der Patentgesuche herbeigeführt wird. Alle laut gewordenen Wünsche konnten nicht berücksichtigt werden; die Kommission wird zu untersuchen haben, welche Aenderungen noch in die Vorlage hineinzuarbeiten sind. Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Arbeiten der Kommission dazu beitragen werden, die deutsche Patentgesetzgebung auf der Höhe zu erhalten, auf welcher sie sich jetzt befindet; dann wird auch der internationale Patentschutz leichter durchgeführt werden können.

Abg. **Hammacher** (natl.) hält die Zahl von 28 Mitgliedern für die Kommission für zu hoch, weil es sich hier um technische Fragen handelt, die besser in kleinen Kommissionen erörtert werden; er beantragt, nur 21 Mitglieder zu wählen. Auf die Einzelheiten der Vorlage will ich nicht eingehen, weil ich im Großen und Ganzen mit allen Vorschlägen einverstanden bin. Ich bin nicht der Meinung, daß Deutschland seine Gesetzgebung zu gestalten soll, daß es in die internationale Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums eintreten kann; dem steht entgegen die Verschiedenartigkeit des Werthes der Patente, denn ein auf Grund des Anmeldeverfahrens erworbenes Patent hat keinen erheblichen Werth. Uebrigens bestehen auch schon erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern der Union, vor deren Beilegung Deutschland nie daran denken kann, in der Union einzutreten. Retorsionsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete sollte man nur sehr vorsichtig gebrauchen; sie haben sich schon sehr oft als schädlich herausgestellt. Bei der Ausführung des gegenwärtigen Patentgesetzes haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Anschauungen, ob ein Patent erteilt werden soll oder nicht, sehr schwankend gewesen sind. Dieser Uebelstand muß beseitigt werden, ebenso muß dem Patentinhaber die Sicherheit gegeben werden, daß er sich im Besitze eines unanfechtbaren Patentes befindet; deshalb ist die fünfjährige Frist durchaus angemessen. Allenfalls könnte man nach Ablauf der fünfjährigen Frist einen Aufruf erlassen, und wenn dieser nach einer bestimmten Frist ohne Widerspruch bleibt, das Patent als unanfechtbar betrachten. Die Begründung legt das Selbstbekenntnis ab, daß die Art und Weise, in welcher die Vorprüfung gehandhabt worden ist, die Zustimmung der Industrie nicht in vollem Maße gesunden hat; vielmehr wurde geklagt, daß die Beschlußfassung des Patentamtes nicht immer die sachliche Durchbringung des Stoffes und die Würdigung aller maßgebenden technischen Gesichtspunkte habe erkennen lassen. Wenn das der Fall ist, dann muß auch dafür gesorgt werden, daß jeder Patentsucher zu seinem Rechte kommen kann, daß der Beteiligte zu den Verhandlungen gezogen werden muß, wenn über seine Beschwerde wegen Verletzung des Patents verhandelt wird. Denn die Demonstration, der mündliche Verkehr, wirkt in diesen Dingen mehr, als die schriftliche Auseinandersetzung. Wenn diese notwendigen Schutzmittel gegeben werden, wird die Hauptquelle der Unzufriedenheit abgegraben werden.

Abg. **Münd** (deutsch.): Das Prüfungsverfahren kann, so wie es jetzt besteht, nicht beibehalten werden, daß etwas faul im Staate ist, beweist der Umstand, daß die Zahl der erteilten Patente seit einigen Jahren zurückgeht. Die Gewerbetreibenden, welche das Prüfungsverfahren verlangen, fordern dabei immer gewisse Kautelen. Die Befehung der Anmelde-Abtheilung durch händliche technische Mitglieder wird nicht viel nützen; denn diese Techniker werden bald dem wirtschaftlichen Leben fremd werden und dagegen sind von allen Seiten die lebhaftesten Bedenken geltend gemacht worden. Besser wäre es, ein Vorprüfungs-Verfahren durch Aufruf einzuführen: das Urtheil würde dann von der Industrie gefällt, und nur in zweifelhaften Fällen würde das Patentamt einzuschreiten haben. Die Kosten könnten wohl herabgesetzt werden, denn das Patentamt wirkt sehr erhebliche Ueberschüsse ab. Aber eine Einnahmequelle für das Reich sollte das Patent nicht sein. Die Berufung auf die 1888 stattgehabte Enquete ist nicht maßgebend. Ich bin allen solchen Regierungsenqueten gegenüber sehr skeptisch, da wir ja erlebt haben, daß ein Minister zur Erörterung einer Reform eine Kommission berufen hat, in welcher seine Ansichten unbedingt die Mehrheit haben. Die Herren, welche 1888 der Kommission angehört haben, haben vielleicht auch jetzt schon ganz andere Ansichten.

Die Vorlage wird darauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluß gegen 5 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (1. Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern und des Gesetzesentwurfs betreffend die Abänderung der Krankenversicherung.)

Parlamentarisches.

7. Sitzung der Petitionskommission, den 4. Dezember, Vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Herr Basing.

Erster Verhandlungsgegenstand ist eine Petition der freien Vereinigung Deutscher Barbiers und Friseur des Lehrlingswesens betreffend. Der Verband will, die Regierung möge auf dem Verordnungswege dem Verband eine Befreiung von den Bestimmungen der Gewerbeordnung (Lehrlingshalten betreffend) gewähren.

Der Referent, Abg. **Hempel**-Sachsen empfiehlt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben.

Abg. **Gulshy**-Dresden will nicht schon an den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Innungen gerüttelt wissen. Man müsse die Innungen sich erst entwickeln lassen und könne doch nicht jetzt schon eine Umkehr wollen.

Abg. **Seyr** wendet sich gegen die Ausföhrungen Gulshys und meint, im praktischen Leben bereite sich die Umkehr bereits vor. Gerade im Gewerbe der Barbiers und Friseur empfinde man die betreffenden Bestimmungen drückend. Wenn ein drückender Uebelstand sich herausstelle, habe der Gesetzgeber für Aenderung zu sorgen.

Abg. **Gulshy**: Bis jetzt haben sich den Innungen die Handwerker massenhaft zugewandt. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung müssen auf eine Reihe von Jahren hinaus erst wirken; die Sache bedarf der Ruhe zur Entwicklung. Die Innungen stützen gerade den Bestand des Reiches.

Abg. **Seyr**: Der Abgeordnete Gulshy sprach im Allgemeinen über die Innungen, während es sich in der Petition um die speziellen Wünsche der Angehörigen eines Gewerbes handle. Gerade in diesem Gewerbe empfinde man das Anzeigemühe und Nachtheiligkeit der Innungsbestimmungen. Noch eine Reihe von Jahren ruhig zuzusehen, sei für die Handwerker gefährlich. Ueberflüssig sei es, den „Bestand des Reiches“ zu einer Erörterung hierbei zu machen. Der Bestand des Reiches ruhe sicherlich nicht auf den Innungen, es seien ganz andere Faktoren für den „Bestand des Reiches“ maßgebend.

Abg. **Münd**: Das Reich bestand, ehe es Innungen gab. Es wäre schlimm, wenn sein Bestand von den Innungen abhängig, die von vielen Seiten mit zweifelhaften Augen angesehen werden. Aus solchen Gesichtspunkten dürfe die Petition nicht behandelt werden. Er sei für das Votum des Referenten.

Der Regierungskommissar ist nicht für Eingriffe in die Gewerbeordnung nach dieser Seite hin. Die Grundzüge des Titel VI würden dadurch aufs schwerste erschüttert. Die §§ 100a und f stellen auch für die Innungen ziemlich schwere Bedingungen.

Einige weitere Bemerkungen des Herrn **Gulshy** sind nicht bemerkenswerth. Es wird in der Abstimmung das Votum des Referenten abgelehnt. — Der Referent Abg. **Hempel** stimmte gegen sein eigenes Votum. — Dagegen wird beschlossen, die Petition der Regierung zur Kenntnisaufnahme zu übergeben.

Eine Debatte entspinnt sich dann über zwei Petitionen Berliner Wähler, sozialdemokratischer und deutschfreisinniger, welche eine Abänderung des Reichs-Wahlgesetzes insofern wünschen, daß eine gerechtere Abgrenzung der Wahlkreise vorgenommen werde. Berlin mit seiner ungeheuren Wählerzahl habe nur sechs Abgeordnete zu wählen.

Abg. Graf **Matuschka** sagt, ungeschicklich sei die jetzige Abgrenzung nicht, Redner beruft sich auf das Wahlgesetz. Es sei inopportun, die Frage jetzt vor den Reichstag zu bringen.

Abg. **Münd**: Ungeschicklich sei der Zustand nicht, aber Abänderung sei dringend nöthig.

Abg. **Stephan**: Ich befinde mich noch auf dem Standpunkt, den ich bei der Berathung im Frühjahr einnahm. Es muß den Petenten Rechnung getragen werden.

Abg. **Seyr**: Der Widerstand des Abg. **Matuschka** stütze sich hauptsächlich darauf, daß es inopportun sei, jetzt die Angelegenheit zu betreiben. Sei aber eine Sache so dringlich wie diese, müsse man gerecht sein und Abhilfe schaffen. Redner bittet, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Regierungskommissar, Geh. Ober-Regierungsrath **Schärdter** erklärt auf Befragen, es liege für die Regierung kein Anlaß zur Abänderung vor, da kein Antrag gestellt worden sei.

Abg. **Seyr** bittet, nach den Ausführungen des Herrn Regierungskommissars nunmehr für die Berücksichtigung zu stimmen, dann werde für die Regierung ein bestimmter Anlaß zur Abänderung gegeben.

Abg. **Matuschka** will nicht, daß der Reichstag damit befaßt wird. Es wäre besser, wenn einzelne Abgeordnete oder Parteien die Initiative dazu ergreifen. Man könne solche Angelegenheit nicht nach einer Petition behandeln, das schade dem Ansehen des Reichstages. In fünf Jahren werde infolge der Fluktuation der Bevölkerung derselbe Zustand eintreten.

Abg. **Münd**: Der jetzige Zustand dauere bereits 21 Jahre, das Beispiel von 5 Jahren treffe nicht zu.

Abg. **Scipio** will ebenfalls die Angelegenheit nur durch die Initiative der Abgeordneten behandeln lassen.

Abg. **Seyr** ist dagegen. Redner erwidert dem Abg. Graf **Matuschka**, daß man auch zu entgegengekehrter Anschauung über das Ansehen des Reichstages kommen könne, wenn man in Rücksicht ziehe, daß sich der Reichstag in einer Frage, die der besseren Regelung bedürfe, nicht rühre, so daß Petitionen ihn erst veranlassen müssen. Schmeichelehaft sei das keineswegs für den Reichstag. Die Abweisung von Petitionen nach solchen vom Abg. **Scipio** angezeigten Gesichtspunkten bedeute eine Vernichtung des Petitionsrechtes.

Abg. **Münd** wendet sich ebenfalls gegen **Scipio**. Wir haben die Pflicht, ein Votum abzugeben, ob wir die Petition für gerechtfertigt halten.

Abg. Graf **Matuschka** bestreitet, daß die von ihm geäußerte Ansicht **Scipio's** eine Vernichtung des Petitionsrechtes involvire. In der Abstimmung wird der Antrag des Herrn **Seyr** erlesen: Die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Ein anderer Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntnisaufnahme zu übergeben, wird dagegen mit allen gegen fünf Stimmen angenommen. Dem Plenum soll mündlicher Bericht durch den Abg. von **Norman** erstattet werden.

Eine Petition, das Koalitionsrecht betreffend, wird ohne Disposition an die Kommission, welche die Gewerbenovelle beräth, überwiesen.

Weiter kam die Petition des Fischhändlers **C. Meister** aus Uckermark betreffend:

Die Aufnahme der Befahrung von Fischfahrzeugen mit Rauminhalt von 45 Kubikmetern in die See-Berufsgenossenschaft

Der Petent betreibt mit mehreren Kollegen einen überseeischen Handel mit lebenden Fischen von Dänemark und Schweden nach Deutschland.

Jeder Theilnehmer stellt eine Anzahl von Quaken (Fische) her. Diese Quaken haben, obwohl stark und fettig gebaut,

doch, da das feste Deck über dem Fischbassin einen Meter tiefer als bei sonstigen Kraftfahrzeugen liegt einen minderen Raumgehalt wie trockene Fahrzeuge.

Die Besitzer solcher Quagen sind nun aber nach den Bestimmungen des Unfallversicherungs-Gesetzes vom 18. Juli 1887 verpflichtet, ihre Befugnisse gegen Unfall zu versichern.

Der Petent hat sich nun dieserhalb an die Binnenschiffahrts-Vereinsgenossenschaft in Bromberg gewandt, ist von dieser jedoch an die Seevereinigung in Hamburg verwiesen. Hier wurde nun seine Quage „Eloine“ mit einem Rauminhalt von 57,4 Kubikmeter ausgenommen, dahingegen aber seine Quage „Louise“, die nur einen Kubikmeter-Rauminhalt von 48,4 hat, abgewiesen und zwar mit der Begründung, daß nach den Bestimmungen des Unfallversicherungs-Gesetzes Fahrzeuge unter 50 Kubikmeter Raum nicht ausgenommen werden könnten.

Unter Berufung des § 4 des Unfallversicherungs-Gesetzes und § 47 der Seevereinigung-Vereinsgenossenschaft hat der Petent den beschriebenen Weg an das Reichs-Versicherungsamt ohne Erfolg beschritten. Sein Petition geht nun dahin; daß für Fischfahrzeuge eine Ausnahme gemacht werde und selbige in der Seevereinigungsgenossenschaft mit einem Rauminhalt von schon 45 Kubikmetern aufgenommen werden oder die Besitzer solcher Fahrzeuge bei einem eventuellen Unfall von der Verantwortung entbunden seien.

Der Referent Schwarz führt aus, es handle sich hier nicht um Fischfahrzeuge, sondern um Fischfahrzeuge, während letztere zum Fischfang, würden letztere zum Transport lebender Fische benutzt. Sie seien also nicht unter dem Begriff Fischfahrzeuge zu fassen, sondern als See-Fahrzeuge anzusehen.

Die eigentümliche Lage des festen Deck, welches tiefer als bei sonstigen See-Fahrzeugen liege, bewirke (da nur bis zum festen Deck gemessen werde), einen minder Raumgehalt. Da nun aber im § 1 Abs. 2 des „See-Unfall-Versicherungsgesetzes“ die Befugnisse von Fahrzeugen unter 50 Kubikmeter Rauminhalt nicht versicherungspflichtig seien, die Binnenschiffahrts-Vereinsgenossenschaft erst recht nicht kompetent ist, sei der Korreferent sowie auch er nicht für eine Erörterung im Plenum und zwar weil eine Rechtsverweigerung nicht vorliege. Immerhin sei aber nicht zu verkennen, daß eine Lücke in dem Gesetze vorhanden ist. Die Zahl der See-Fahrzeuge unter 50 Kubikmeter Rauminhalt sei nicht ganz unerheblich. Er verweise auf die Küstenschiffe der Ostsee. Wedrigens wäre auch der Zustand für die Besitzer solcher Fahrzeuge unerträglich, da sie einestheils aufgefordert würden, ihre Befugnisse zu versichern, andererseits aber an der zuständigen Stelle abgewiesen würden. Der letzte Absatz im § 1 des Unfallversicherungs-Gesetzes für Seeleute besage nun, daß der Bundesrath beschließen könne, daß Personen, welche nach den Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Gesetzes ausgeschlossen sind, für versicherungspflichtig erklärt werden könnten. Er möchte nun beantragen, daß die Kommission beschließen möge, die Petition dem Bundesrathe zu übermitteln.

Abg. Scipio beantragt die Petition von der Tagesordnung abzusehen und um dieselbe dem Herrn Reichskanzler zu überweisen, zunächst einen Regierungskommissar zu hören.

Nächste Sitzung am 5. Dezember, 10 Uhr, Vormittags.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 4. Dezember.

Der Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung um 5/4 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Vor der Sitzung sind einige Ausschüsse von den Abtheilungen gewählt worden. Wie der Vorsteher verkündigt, hat Berlin nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1874 485 Einwohner.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird eine Reihe von Rechnungen auf Antrag des Ausschusses für Rechnungssachen beschlagnahmt.

Die Festsetzung von Bauauschlägen für die Nordseite der Invalidenstrasse, die Straße Alt-Moabit, die Ostseite der Mathenowerstraße und die Nordseite der Seydlitzstraße wird genehmigt. Die Vorlage, betreffend den Umbau der Wasserbrücke und der Kurfürstenstraße, wird an einen Ausschuss verwiesen.

Den Schluß der Tagesordnung bildet die Verathung der Vorlage, betr. die Errichtung von Bedürfnisanstalten für männliche und weibliche Personen. Der Magistrat beantragt folgende Beschlussefassung:

Der Magistrat wird ermächtigt, die Errichtung und den Betrieb von Bedürfnisanstalten auf Grund bestimmter Bedingungen öffentlich auszuschreiben und den Zuschlag zu ertheilen.

Nach diesen Bedingungen sind auf denjenigen öffentlichen Plätzen und Straßen, auf welchen sich gegenwärtig die von Proh errichteten 24 Bedürfnisanstalten befinden, dieselben zu erhalten oder es sind als Ersatz derselben neue zu errichten; außerdem sollen binnen 3 Monaten vom Abschluß des Vertrages an neue gleichartige Anstalten bis zur Zahl von 26 errichtet werden. Das Eigenthum sämtlicher 50 Anstalten geht an die Stadt über. Neue Anstalten müssen in Eisenkonstruktion errichtet werden. In jeder Anstalt müssen 2 Zellen zur unentgeltlichen Benutzung für Frauen vorhanden sein, welche gleich denjenigen, für welche Bezahlung zu leisten ist, zu überwachen und sauber zu halten sind. Zu diesen Zellen sind besondere Eingänge von der Straße herzustellen. Der Preis für die einmalige Benutzung einer Zelle darf ohne Genehmigung des Magistrats nicht auf mehr als 10 Pf. bestimmt werden. Als Entgelt hat der Unternehmer eine bestimmte prozentuale Abgabe von der Brutto-Einnahme aus den Anstalten an die Stadtgemeinde zu zahlen. Jeder Bieter hat eine Kaution von 20 000 M. zu stellen. Der Vertrag wird geschlossen bis zum 1. April 1901. Die Stadtgemeinde hat das Recht, ihn ohne weiteres aufzuheben, falls der Betrieb fortgesetzt zu erheblichen Klagen Veranlassung giebt.

So weit die Bedingungen. Daß es sich bei dem Unternehmen um ein recht lukratives Geschäft handelt, geht daraus hervor, daß die bisherigen 24 Anstalten nach Angabe des Magistrats circa 86 000 M. im Vierteljahr Einnahme ergeben haben.

Es liegen verschiedene Anträge vor.

Stadtv. Reichnow beantragt die Einfügung der Worte in den Magistratsantrag hinter „den Zuschlag“: „nach erfolgter Zustimmung der Versammlung“.

Stadtv. Sachs II. beantragt Ausschussberatung.

Stadtv. Zubeil und Genossen beantragen:

„Wir beantragen 1. unter Ablehnung des Magistratsantrages die Uebernahme des Betriebes der städtischen Bedürfnisanstalten in die städtische Verwaltung; 2. im Falle der Ablehnung des Antrages 1 den Magistrat zu ersuchen, die Vergebung der Anstalten öffentlich auszuschreiben und den Zuschlag nur nach erfolgter Zustimmung der Versammlung zu ertheilen.“

Stadtv. Sachs II. motivirt seinen Antrag auf Ausschussberatung.

Stadtv. Nicolai hat eine Reihe von Aussetzungen an der Vorlage.

Die Vorlage wird an einen Ausschuss von zehn Personen verwiesen.

Schluß 5/4 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wirtche, die ihre Lokale zu Versammlungen unentgeltlich her-

geben und bemerkt hierzu, daß dieselbe wöchentlich einmal mit event. Abänderungen abgedruckt wird, ferner, daß Veröffentlichungen in Bezug auf die Lokalfrage nur von den Herren Wilhelm Berner, Elisabeth-Ufer 55, August Jusinger, Krautsstr. 48, und Otto Heindorf, Langestr. 70, auszugehen haben. Alle event. Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

- Abraham, Straßburgerstr. 5.
- Ablerbrauerei, Badstraße.
- Altienbrauerei Moabit.
- Arminhallen, Kommandantenstr. 17.
- C. Bachmann, Dresdenerstr. 45.
- Bergschloßbrauerei, Rixdorf.
- Beyer, Neue Grünstr. 14.
- Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
- Böhmisches Brauhaus.
- Böhmer's Brauerei.
- Bolzmann, Andreasstr. 26.
- Bobert, Weinstr. 11.
- Brauerei Tivoli, Kreuzberg.
- Brauerei Königstadt.
- Brauerei Friedrichshain (Pip).
- Brauerei Friedrichshöhe (Pagenhofer).
- Brauerei Pfefferberg.
- Buggenhagen, Moritzplatz.
- Buß Salon, Gr. Frankfurterstraße.
- Bürgeräle, Dresdenerstr. 96.
- Konzerthaus, Ostend, Frankfurter Allee.
- Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
- Deutscher Hof, Luckauerstr. 15.
- Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
- Eiseller-Etablissement, Chausseestraße.
- Elysium, Landsberger Allee.
- Frenkle, Landsbergerstr. 37.
- Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
- Gebhardt, Prinzenstr. 87.
- Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 70.
- Gnadt, Brunnenstr. 38.
- Gründel, Dresdenerstr. 116.
- Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
- Gabel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
- Heise, Fichtenbergerstr. 21.
- Hennig, Hochstr. 32a.
- Herzog, Memelerstr., „Deutscher Kaiser“.
- Heydrich's Säle, Weustr. 18-21.
- Friß Altes, Wilsnackerstr. 63.
- Industrie-Hallen, Mariannenstr. 31-32.
- Jool (früher Keller), Andreasstr. 21.
- Keller's Hofgärt, Inh. A. Fröhlich, Hasenbr Keller, Bergstr. 68.
- Königshof, Bülowstraße.
- Klein's Festsäle, Oranienstr. 180.
- Kliem, Hasenstraße.
- Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
- Krüger's Bierhallen, Frankfurterstr. 89.
- Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68.
- Kuhlmeys's Gesellschaftshaus, Köllinerstr. 17.
- Reißner, Gartenstr. 162.
- A. Mrowe's Gesellschaftshaus, Fichtestr. 29.
- Müller, Johannisstr. 20.
- Neustädtischer Volksgarten, Proskauerstraße.
- Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 56.
- Nürnberg, Schönhauser Allee 28.
- Orchel, Sebastianstr. 39.
- Parlamentshalle, Landsbergerstr. 35.
- Rau's Salon, Skaliherstr. 125 (Wolf u. Krüger).
- Reichert, Müllerstr. 7.
- W. Reibitz, Bergstr. 12.
- Renz's Salon, Naunynstr. 27.
- Remmehof's Salon, Dönnowstr. 13.
- Reyer, Alte Jakobstr. 88.
- Roll, Adalbertstr. 21.
- Ruhland, Moabit, Schützenhaus.
- Sachow, Müllerstr. 136.
- Saeger, Grüner Weg 29.
- Sahn's Klubhaus, Annenstr. 16.
- Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
- Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
- Schloßbrauerei, Schöneberg.
- Schneegelsberg's Salon, Jahnstr. 8.
- Schneider, Belfortstr. 15.
- Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
- Schwarz Müller, Kolbergerstr. 23.
- Silber's Salon, Schwedterstr. 24.
- Specht (Brauerei-Ausschank), Neue Jakobstr. 26.
- Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
- Unionsbrauerei, Hasenstraße.
- Verweinsbrauerei, Rixdorf.
- Viktoria-Brauerei, Bülowstraße.
- Viktoria-Salon, Berlebergerstr. 13.
- Volkshaus, Moabit.
- Wedding-Park, Müllerstr. 78.
- Wedding-Kasino, Schulstr. 29.
- Weid, Alexanderstr. 31.
- Wollschläger, Blumenstr. 78.
- Wohlschlag, Rantaustr. 9.
- Wuttke, Friedrichsbergerstr. 20.
- Zelt Nr. 1.
- Zemter, Münzstr. 11.

Da verschiedene Veränderungen vorgekommen, ersuchen wir die Parteigenossen, genau auf diese Liste zu achten, besonders machen wir noch darauf aufmerksam, bei Festsetzung von Vergütungen auf diese Liste zu achten.

Herr Graf Kleist vom Loß, der „edle“ Kaufbold. Mit Befriedigung hat die ganze Welt vor kurzem das gegen diesen hochadeligen Rowdy gefällte Urtheil entgegengenommen. Bekanntlich wurde derselbe sofort in Haft behalten und seinem Bestimmungsort Plöbensee zur Verbüßung seiner, unserer Ansicht nach, noch sehr milden Strafe überwiesen. Da das Vergehen derart ist, daß es den Verurtheilten auf eine Stufe mit dem gemeinsten Verbrecher stellt, so konnte man mit Fug und Recht erwarten — und das that wohl auch Jedermann —, mit dem gräßlichen Sträfling würde in der Behandlung keine Ausnahme gemacht werden. Zu aller Welt Erstaunen läuft aber durch die bürgerliche Presse eine Nachricht, welche diese Ansicht vernichtet. Aus derselben geht gerade das Gegentheil hervor. Da wir uns mit der Notiz noch etwas näher beschäftigen wollen, zumal da die ganze Abfassung derselben charakteristisch für die Gesinnungsumperlei und die Korruption unserer Bourgeoisie ist, wollen wir nicht anstehen, diese unseren Lesern im Wortlaut wiederzugeben. Sie lautet:

Graf Kleist vom Loß ist am Freitag Vormittag um elf Uhr zur Verbüßung der ihm auferlegten vierzehnamonathlichen Strafe nach dem Gefängnis in Plöbensee überführt worden. Die Höhe der gegen ihn erkannten Freiheitsstrafe hat den Verurtheilten tief erschüttert trotz der scheinbaren Gelassenheit, mit der er die Verkündigung des Urtheils aufnahm. Wie er schon während der Verhandlung von zwei Ohnmachtsanfällen betroffen wurde, so verfiel er am Tage darauf in heftigen Weinkampf. Um den Grafen der schweren Gefängnisarbeit zu entziehen, hat sein Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Bronker, die Thätigkeit des Gefangenen ausschließlich für sich in Anspruch genommen, wofür er der Gefängnisverwaltung eine tägliche Entschädigung von 1,50 M. zu entrichten hat. Der Graf wird infolge dessen während seiner unfreiwilligen Muße in Plöbensee sich mit Schreib- und Uebersetzungsarbeiten beschäftigen.

Zunächst daß der Kaufbold, Graf Kleist vom Loß, zur Verbüßung der ihm auferlegten vierzehnamonathlichen Strafe nach dem Gefängnis in Plöbensee übergeführt ist, das haben wir schon oben erwähnt. Die Zeit, in welcher dieses große Ereigniß geschah, haben wir allerdings nicht angegeben. Das hiesige dem gräßlichen Subjekt doch eine zu große Bedeutung beilegen. Für uns und unsere Leser ist derselbe keineswegs eine interessante Persönlichkeit geworden, wie bei den sensationslüsternen Lesern der Bourgeoisie. Was wir jedoch gerne gewußt hätten, ist das, ob der Herr Graf gezwungen worden ist, in dem bekannten grünen Wagen die Reise anzutreten, oder ob die Gefängnisverwaltung so rücksichtsvoll auf die blaublättrige Ehre des edlen Begleiters gewiesen ist, diesem die Fahrt in einer Droschke, selbstverständlich erster Klasse, zu gestatten oder auch in der eigenen, mit der Grafenkrone geschmückten Equipage. Wünschenwerth wäre eine solche Rücksichtnahme auf die edle Klasse des Sträflings!

Weiter heißt es sodann, die Höhe der gegen ihn erkannten Freiheitsstrafe hat den Verurtheilten tief erschüttert, trotz der scheinbaren Gelassenheit, mit der er die Verkündigung des Urtheils aufnahm. Das stimmt, der Herr Graf war der Meinung, daß der Gerichtshof es überhaupt nicht wagen würde, seine erlauchte Persönlichkeit anzutasten. Er hatte deshalb alle Vorbereitungen getroffen, sofort nach Schluß der Verhandlungen eine kleine Erholungsreise antreten zu können. Wie konnte auch ein vernünftiger Mensch annehmen, daß der Gerichtshof Stellung gegen einen Grafen zu Gunsten des elenden Bürgerpacks nehmen würde. Was hatte der gnädige Herr Graf denn eigentlich Schlimmes gethan? Er hatte sich doch nur ein äußerst harmloses Vergehen gemacht! Und sollen die Edelften der Nation es nicht einmal wagen dürfen, zum Zeitvertreib ruhige Bürger zu verhalten? Vergleichen Vergütungen haben die Vorhänger des Herrn Grafen ja Jahrhunderte lang sich unbeanstandet herausgenommen und nicht allein ähnliche, sondern noch ganz andere. Und damals hat kein Hahn danach gekrächt. Deshalb will man nun heute dem würdigen Nachkommen dieselbe Belustigung verweigern! Gut, haben sich einmal die Verhältnisse geändert, so mag man ihm eine Geldstrafe auferlegen, aber doch keineswegs darf man sich zu der Freiheit vertheilen, einen Grafen, einen Mann von „edler“ Geburt, der Freiheit zu berauben. Dagegen müßte sich in der ganzen gutgesinnten und besseren Gesellschaft ein einziger Schrei der Entrüstung erheben. Aber die Folgen dieses rigorosen Vorgehens haben sich auch sofort gezeigt. Zwei Ohnmachtsanfälle haben den Herrn Grafen während der Verhandlung betroffen, am Tage darauf verfiel er in heftigen Weinkampf. Ist das auch ein Wunder; muß sich nicht das Herz jedes treu und gutgesinnten Menschen ob solcher Rücksichtslosigkeit zusammen krampfen?

Benignsten giebt es noch Menschenfreunde; das den Herrn Grafen zugefügte Unrecht soll einigermaßen gesühnt werden. Herr Rechtsanwalt Bronker läßt es sich angelegen sein, seinem Klienten das Leben im Gefängnis so angenehm wie möglich zu machen. Wenn der Herr Graf zu den schweren Gefängnisarbeiten mit herangezogen würde, dann wäre das ja eine Strafe für ihn, es soll aber nur, da er sich nun einmal dem vierzehnamonathlichen Aufenthalt in Plöbensee nicht entziehen kann, eine „unfreiwillige Muße“ sein. Wir glauben wirklich, es giebt noch Barbaren, welche gerne sehen würden, wenn das zart erzogene Grafenköpchen mit zu der schweren Arbeit der gewöhnlichen Gefangenen herangezogen würde. Diese Leute haben nicht die geringste Achtung vor Adel und Geburt.

Es fragt sich nun aber, ob es gesetzlich zulässig ist, daß durch einen offenbaren Scheinvertrag Jemand, der mit Gütern reich versehen ist, der wirklichen Strafe entzogen wird. Im anderen Falle würden sich die betreffenden Beamten einer Pflichtwidrigkeit schuldig machen. Wenn wir aber die hierauf bezüglichen Gesetzesparagrafen des Gefängnisreglements durchsehen, so finden wir, und wir betonen das hier auf das Nachdrücklichste, um einer solchen Auslegung unserer Worte vorzubeugen, daß die Beamten durchaus kein Vorwurf der Pflichtwidrigkeit und des Disziplinargesetzes treffen kann. Einzig und allein verantwortlich dafür, daß die Handhabung eine so ungleiche Anwendung findet, sind die mangelhaften Gesetzesbestimmungen. Dieselben lassen social Hinterthüren offen, welche es ermöglichen, dem Wohlhabenden ein Vorrecht vor dem Armen zu verschaffen. Der Artikel 70 des Gefängnis-Reglements lautet:

In jedem Gefängnis sind nützliche Arbeiten einzuführen, insbesondere solche, deren Betrieb geeignet ist, das Fortkommen des Gefangenen nach seiner Entlassung zu fördern. Es kann einzelnen Gefangenen gestattet werden, andere als die eingeführten Arbeiten zu betreiben.

Nach Artikel 94 können die zu Gefängnisstrafen Verurtheilten in einer ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Weise beschäftigt werden. Die Bestimmung hierüber bleibt dem Gefängnisvorsteher überlassen.

Zufällig ist uns in diesem Augenblick ein Büchlein aus dem Jahre 1876 in die Hände gerathen, in welchem wir sehen können, wie andere Leute, die keine Grafen sind, sondern böse Socialdemokraten, behandelt werden. Allerdings fällt für diese eben erwährend ins Gewicht, daß sie nicht wegen solcher Bagatelien, als Schlägereien und Körperverletzungen, verurtheilt sind, sondern sie sind politische Verbrecher gewesen. Der Verfasser der Broschüre, dieselbe betitelt sich: „Die Bastille am Plöbensee“, war nicht in der glücklichen Lage, so viel rücksichtsvolles Entgegenkommen zu finden. Charakteristisch für die Behandlung, welche ihm, es ist Johann Wolf, zu Theil wurde, ist ein Bescheid auf seine Beschwerden. Derselbe lautet:

„Nach der Hausordnung kann die DIRECTION solchen Gefangenen, die, wie Sie z. B., im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden (derselbe war damals Reichstags-Abgeordneter und hatte wegen einiger geringfügiger Verurtheilungen unter der Aera Teßendorff eine mehrjährige Gefängnisstrafe zudiktirt erhalten), die Selbstbeschäftigung gewähren; allein die DIRECTION hat im Hinblick auf Ihre zahlreichen Vorbestrafungen und auf die Art Ihres Vergehens sich nicht veranlaßt gesehen, Ihren diesbezüglichen Wünschen zu entsprechen. Dies Verhalten des Herrn DIRECTORS wird von der AUFFICHT-KOMMISSION gebilligt, während Sie mit Ihrer Beschwerde, weil dieselbe unbegründet ist, hiermit abgewiesen werden. Mit der Verweigerung der Selbstbeschäftigung wird aber das Recht auf beliebige Beschäftigung ganz von selbst hinfällig, indem dieses nach der Hausordnung nur dann statthaft ist, wenn sich der Gefangene selbst beschäftigt. — Uebrigens dürfte die Ihnen zugetheilte Arbeit ganz angemessen sein. Publizistisch waren Sie ja nur als Autodidakt und oben drein in einer solchen Weise thätig, welche Sie beständig mit den Strafgesetzen in Konflikt brachte. Und da Sie in Wirklichkeit Buchbinder sind, so kann es nur von segensreichen Folgen sein, wenn Sie durch die hierortige Beschäftigung wieder Ihrem eigentlichen Beruf zurückgegeben werden.“

Wir glauben, daß wir bei Gegenüberstellen der gegen Wolf dem politischen Verbrecher, ausgeübten Praxis und der dem Grafen Kleist vom Loß, dem hochadeligen Kaufbold, zu Theil gewordenen Behandlung kaum noch einige Worte zusetzen brauchen. Wolf schildert in seiner Broschüre, daß die Gefangenen u. a. Heinsch, Kapell, welche mit ihm zusammen sich in Plöbensee erhalten, ebenso, ja theilweise noch härter behandelt wurden, wie er. Dagegen hatte der nationalliberale Paul Einband, welcher zur selben Zeit wegen Gotteslästerung eine Strafe abbüßte, d. h. Glück, in ähnlicher Weise, wie der adlige Rowdy, für seinen Verleger zu sprechen. Jedensfalls ist aus dem Allen klar geworden, daß die gesetzlichen Bestimmungen für den Begüterten Dinterthüren offen liegen.

Den Beamten können wir daher keine Pflichtwidrigkeit vorwerfen. Augenfällig ist aber in dem Falle Kleist der Vertrag mit seinem Vertheiliger nur ein Scheinvertrag, darauf berechnet, den Erbschafts-Graf Kleist der wohlverdienten Strafe zu entziehen. Daß es ein Scheinvertrag ist und daß offenbar die 150 M. für den Tag aus der Tasche des Grafen Kleist bezahlt werden, wird wohl kein Mensch der Welt, selbst Herr Rechtsanwalt Broncker nicht bestreiten wollen und können.

Auf Eins möchten wir noch aufmerksam machen. Gemäß dem Fall Most vom Jahre 1874 möchte dem Grafen eigentlich seine berufsmäßige Beschäftigung zugewiesen werden. Diefelbe besteht hauptsächlich darin sich zu kaufen und wehrlose Leute zu überfallen — wahrnehmlich eine Vererbung von seinen Vätern, dem Raubritter-Gesindel. Damit dem edlen Graf während der langen „unfreiwilligen Ruhe“ Gelegenheit geboten wird, sich in seiner Profession in der Übung zu erhalten und sich noch zu vervollkommen, schlagen wir vor, ihm täglich Leute zu überweisen, an welchen er seine ritterlichen Kunststücke probiren kann. Wir weiten darauf, daß sich bei der jetzt herrschenden Nothlage und bei der Kälte täglich Schaarenweis arme Teufel finden würden, welche sich für ein kleines Entgelt gerne von den adligen Häupten blau prügeln ließen. Jedenfalls erhalten wir wieder einmal einen Einblick in unsere herrlichen „Rechtsstaat“. Leute, welche für ihre politische Ueberzeugung eintreten, erhalten für geringfügige Aenderungen die härtesten Strafen und werden im Gefängniß mit den gemeinsten Verbrechern auf eine Stufe gestellt. Dagegen erfreuen sich gemeine Verbrecher, welche mit Glaskugeln reichlicher versehen oder von „höherer Geburt“ sind, der mildesten Behandlung und des rückhaltvollsten Entgegenkommens.

Die Zusammenstellung der vorläufigen Ergebnisse der diesjährigen Volkszählung, welche von den Herren Reichsdeputirten gemeldet sind, hat für Berlin eine ortsanwesende Bevölkerung von 1 574 485 Personen ergeben.

Zur Vervollständigung der Volkszählung sollen einer künftigen Zeitung zufolge in einer der letzten Nächte umfangreichere polizeiliche Kontrollen stattgefunden haben, um die Aufnahme gewisser dunkler Existenzen, so heißt es, in die Volkszählunglisten zu ermöglichen. Das Ergebnis soll ungeachtet der Kälte selbst im Freien ein ganz erhebliches gewesen sein. Hier haben wir wieder einen neuen Beleg für den von uns in letzter Zeit mehrfach hervorgehobenen großen Nothstand unter den Massen. Das sind jedenfalls die „Arbeitslosen“, welche lieber hungern und frieren und in der strengen Winterkälte im Freien kampiren, als eine Beschäftigung annehmen. So wird der wohlgenährte Philister brummen und seinen Postersofa bequemer an den warmen Ofen rücken. Wir denken etwas anders, denn wir stehen diesen Unglücklichen näher. Dem herrschenden Nothstand gegenüber nehmen sich allerdings die weinerlichen, gottseligen Lamentationen derjenigen, die den Gehorsam gegen ihren Herrn im Himmel auf den Lippen tragen, mehr als tönlich aus. Ein Herr Konstantin Diebich, der sich als Vorsitzender des Vereins „Dienst an Arbeitslosen“ ausgiebt, sendet uns einen Brief, den wir unseren Lesern schon deswegen nicht vorzuenthalten wollen, weil aus demselben zur Genüge der Geist hervorgeht, der in den Kreisen jener thranenfeuchten Volksbeglückter herrscht.

Der Brief lautet: „Mit Bezugnahme auf die Notiz in der 1. Beilage der Nr. 281 des „Berliner Volksblatt“ (Spitzmarke: „Einen weiteren Blick in das tiefste Elend“) erlaube ich Sie unter Berufung auf § 11 des Pressgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß der Verein „Dienst an Arbeitslosen“ es sich nicht zur Aufgabe stellt, das Loos der Nothleidenden zu mildern. Das „leidliche“ Elend der Massen liegt ihm nicht wenig, sondern sehr am Herzen, und er ist bemüht, dieses Elend nach Kräften zu mildern.

Das am Sonntag gewährte Frühstück auch in der Woche zu gewähren, ist dem Verein unmöglich, da seine Mitglieder, die sich dem „Dienst“ mit seinen Arbeiten freiwillig und unentgeltlich unterziehen, alle in einem praktischen Beruf stehen und sich in der Woche ihr Brot als Arbeiter, Handwerker, kaufmännische Angestellte u. d. verdienen müssen. Kein Mensch zwingt die Mitglieder zur Bedienung der Arbeitslosen, zur Reinigung der Tische und Bänke und zu den anderen Arbeiten, sondern sie thun das Alles aus Liebe zu ihren armen Brüdern und im Gehorsam gegen ihren Herrn im Himmel. Der Verein „Dienst an Arbeitslosen“ ist bemüht, den Arbeitslosen auch in der Woche nicht nur ein Frühstück, sondern Arbeit zu verschaffen; das ist aber nur bei wenigen möglich und leider hat es sich herausgestellt, daß gar Mancher der Nothleidenden nicht arbeiten will, was übrigens auf die ferneren Bemühungen des Vereins keinen Einfluß haben soll.

Was das „Berliner Volksblatt“ von dem Verein verlangt, ist unmöglich. Niemand kann über seine Kräfte hinaus verantwortungsvoll gemacht werden. Bezahlte Beamte oder Kräfte sind bei dem Verein nicht thätig.

Was soll man über ein solches Geschreibsel noch viele Worte verlieren! Wir haben das Gebahren jener Leute zu kennzeichnen versucht, und diese Leute müssen selbst zugeben, daß ihre Erbarmlichkeiten dem Massenelend gegenüber noch nicht einmal die bekannte Wirkung eines Tropfens auf einen heißen Stein haben. Das Märchen von den Teuten, die nicht arbeiten wollen, sondern lieber bei 10 Grad Kälte im Freien schlafen, dürfte nachgerade auch für die „im Gehorsam gegen ihren Herrn im Himmel“ verherbenden Weltbürger bedenklich von seinem Reiz der Neuheit eingebüßt haben.

Auch die Stadtverordneten-Versammlung von Charlottenburg hat in ihrer vorgestrigen Sitzung dem dortigen Magistrat ersucht, mit Rücksicht auf den Nothstand der Bevölkerung, gemeinsam mit der Versammlung die Bitte an den Reichstagsrat zu richten, dahin wirken zu wollen, daß eine Verbilligung von Fleisch und Brot durch Aufhebung der noch bestehenden Einfuhrverbote und baldige Herabsetzung und demnächstiger Beseitigung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel eintritt.

Heber einen neuen Mißbrauch, der mit Koch'scher Lymphe getrieben worden sein soll, hat ein Brüsseler Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ von dem dortigen Arzte Dr. De Keersmaecker, der kürzlich in Berlin war, folgendes erfahren: Der Portier des Zentralthotels soll es verstanden haben, sich fortwährend Koch'sche Lymphe zu verschaffen, die er zwischen 250—500 M. das 5-Grammfläschchen verkauft. Er bot Dr. De Keersmaecker ein Fläschchen für 300 M. an. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt zu dieser Mitteilung ihres Gewährsmannes: „Obwohl wir die vorstehende Mitteilung nicht auf Genauigkeit prüfen können, halten wir es doch für unsere Pflicht, sie wiederzugeben, damit ein möglicher Mißbrauch abgeklärt werde; andererseits sind wir natürlich auch gern bereit, eine Gegenerklärung zu veröffentlichen. In der That ist die von Dr. De Keersmaecker erhobene Beschuldigung eine so gravirende, daß der Betroffene alle Ursache hat, sich darüber zu äußern.“

Wünsche und Klagen Berliner Hausbesitzer. Die Weihnachtszeit ist gekommen und jeder beifolgt sich, seinen Wunschzettel abzugeben, auf die Erfüllung seiner jeweiligen Wünsche hoffend. Auch unsere vielgeliebten und immer noch so sehr verachteten Berliner Hausbesitzer haben sich einen Wunschzettel abzugeben, welchen Herr Rentier Göring „Wunschzettel“ lautete das Thema, welches Herr Rentier Göring in der letzten Versammlung des Grundbesitzer-Vereins der Schönhauser und der angrenzenden Stadtteile einem Vortrag zu Grunde legte, welchen das Organ des Bundes der Berliner Hausbesitzer-Vereine seiner Vortrefflichkeit wegen im Wortlaute der Mit- und Nachwelt überliefert. Infolge dessen sind wir in der angenehmen

Lage, denselben mit Mühe studiren zu können und ist es gewiß nicht uninteressant, auch einmal die Wünsche und Klagen der armen Berliner Hausbesitzer kennen zu lernen. Was zunächst die allgemeinen Wünsche betrifft, so verlangt Herr Rentier Göring in erster Linie Verbilligung des Wasser- und Gaspreises. Herr Rentier Göring sagt: „Nachdem in der Stadtverordnetenversammlung vom 20. November eine Petition an die Staatsregierung um Herabsetzung der Zölle auf Lebensmittel beschloffen, ist es mindestens eine Inkonsequenz derselben Versammlung, wenn sie das notwendigste Lebensmittel, das Wasser, mit einer Steuer von über 100 pCt. belegt.“ Noch wunderlicher erscheint Herrn Rentier Göring und mit ihm natürlich allen Hausbesitzern die Gas- und Wasserpreise und als eine ungerechte Forderung; desgleichen erblickt Herr Rentier Göring eine Ungerechtigkeit in der Berechnung des Immobilienwertes für den vollen Kaufbetrag; „hier wäre es recht und billig“, meint Herr Rentier Göring, diesen Stempel nur für den hypothetischen Kaufpreis zu berechnen und die übernommenen Hypotheken außer Anschlag zu lassen.“ Ferner steht auf dem Wunschzettel der Hausbesitzer die Beseitigung resp. Ermäßigung der Gebäudesteuer und hat der obgenannte Verein eine diesbezügliche Petition an den Landtag abzuschicken beschloffen; des Weiteren die Uebernahme des Trottoirs in städtische Verwaltung, eine Sicherung gegen eine mögliche Erhöhung der Kanalisationsabgabe, und endlich eine Erhöhung der bei Berechnung der Haussteuer vom Magistrat bisher auf die Nebenausgaben veranschlagten 6 pCt. des Mietzetrages auf 10 pCt. (Eine diesbezügliche Petition des „Bundes“, welche gleich eine Erhöhung auf 15 pCt. verlangte, ist abschlägig beschieden worden.) Ist aus diesen „Wünschen“ hinreichend ersichtlich, was für unheimliche Menschen doch Hausbesitzer sind, so werden die „Klagen“ weiter zeigen, wie sie auch in jeder Hinsicht „verlangt“ werden. Zum besseren Verständniß geben wir Herrn Rentier Göring selber das Wort. Derselbe sagt u. A.: „Wenn wir bedenken, eine wie mächtige staatsverhaltende und im besten Sinne des Wortes konservativ Macht der Hausbesitzerhand ist, so muß es jeden Denker doppelt schmerzhaft berühren, daß derselbe fast unausgesetzt die Zielscheibe aller möglichen Angriffe der Presse, ja selbst der Staatsorgane bildet.“

„Frei Rentier, der große Menschenkenner und Dichter, sagt in seiner „Stromtid“: „Es liegt tief in der menschlichen Natur, daß Einer ein noch so lüthtes Stück von dieser Erde sein eigen nennen will, und es sind dies nicht die Schlechtesten, die darnach trachten!“ Diesem Ausspruch gegenüber steht eine Reihe der verwerflichsten Angriffe in unseren Wigblättern und Pressen, in denen der Hausbesitzer nur als ein nöthelnder, steigender und ermittelnder Mann im Schlafrock geschildert wird.“

„Im großen Ganzen steht die Presse und gegenüber etwa aus folgendem Standpunkt: Gehen die Mieten herunter, so heißt es: Das haben wir dem Kerl von Hauswirth immer gewünscht, daß es ihm recht schlecht geht, gehen die Mieten aber einmal wieder herauf, so schimpft man auf den Hallunken von Hauswirth, der schon wieder steigert. Preßorgane aller Parteien, voran die „Vossische Zeitung“, die doch gerade unter den Hausbesitzern einen ausgedehnten Abonnentenkreis besitzt und durch den Grundstücks- und Hypothekensmarkt erhebliche Einnahmen an Inflationen zu verzeichnen hat, weiters in dieser Art der Angriffe gegen unsern Stand. Möchte doch endlich die Presse der Ordnungsparteien — und ich betrachte als solche alle Parteien vom Deutschfreisinn und Zentrum bis zu den Hochkonservativen mit Ausnahme der Sozialdemokratie — anfangen, uns gegenüber eine vornehmer und anständiger Haltung zu beobachten, möchte sie es doch einsehen, wie sie in der bisherigen Weise den Klassenhaß schürt, und möchte sie bedenken, daß auch der Hausbesitzer vielfach nicht auf Rosen gebettet, sondern ebenfalls Lasten und Pflichten gegen den Hypothekengläubiger zu tragen hat, die Manche von uns zwingen, strenger und schonungsloser in Betreff der Mietzahlung zu sein, als er vielleicht vom Standpunkt des Herzens und Gemüths wäre.“

Nicht minder schwer wiegen diejenigen Angriffe, die von sog. Kathedrosocialisten — zu Deutsch: Weltverbesserer — gegen uns gesendet werden, wie dieselben in der That in Verbindung mit der sog. Sozialreform die tiefe Gefahr in sich schließen, uns um unser wohlverwobenes Eigenthum zu bringen, mindestens uns aber in diesem schwer zu bedrohen. Neben Elementen, die von einer radikalen Weltanschauung ausgehend, das Proudhon'sche Wort: „Eigenthum ist Diebstahl“ als Basis ihrer Reformpläne wählen, neben jenen jungen, weltverbessernden Doktoren, die, eben von der Universität kommend, schon so reiche und praktische Lebenserfahrung zu besitzen glauben, um eine neue Weltordnung einzuführen, beschäftigen sich auch gemäßigtere Leute, selbst unser jetziger Finanzminister Miquel, mit der sogenannten Wohnungsfrage und rufen immer wieder die Hilfe des Staates zur Lösung derselben an, dabei vergessend, daß ein solches erstes Eingreifen des Staates in die heutige Gesellschaftsordnung (eine Schädigung des Grundbesitzer-Standes durch die allmächtige Konkurrenz des Staates ist gleich zu erachten mit einer theilweisen Konfiskation unseres Privatvermögens zu Gunsten der Gesamtheit) nur den Anfang bilden würde auf der abschüssigen Ebene zur Herstellung des großen sozialistischen Zukunftsstaates.“

Und zum Schluß sagt Herr Rentier Göring: „Lassen Sie uns fest hoffen, daß unter der gerechten Regierung unserer Hohenzollern auch wir geschützt werden in unserem Eigenthum und daß wir uns endlich ohne eine ewige Bedrohung unserer Eigenthumsrechte ruhig und behaglich wieder unseres Besizes erfreuen mögen. Jahre der Kämpfe werden aber noch vergehen, in denen wir festgeschlossenen stehen müssen gegen die Angriffe der Presse, und speziell müssen wir uns durchaus ablehnd gegen die Einführung der allgemeinen Kommunalwahlen und die Aenderung des § 16 der Städte-Ordnung über die Zusammenfassung der Stadtverordneten-Versammlung verhalten. In der Vereinigung aller interessirten Kräfte und in der Berechtigung unserer Sache liegt der derzeitige Sieg.“

Diese Selbstcharakterisierung ist mindestens interessant und lehrreich und wird gewiß dazu beitragen, die Hausbesitzer im gewöhnlichen wahren Lichte erscheinen zu lassen!

Die sogenannte „Normalkerze“, welche als einheitliches Lichtmaß für die Berechnung der Lichtstärke elektrischer Lampen angenommen wird, ist, wie sich bei genauer physikalischer Prüfung ergibt, nach den einzelnen Faktoren, die dabei in Betracht gezogen werden können, ziemlich unzuverlässig; es kann nämlich mit der Normalkerze nicht die wirkliche Stärke der elektrischen Lichtflamme gemessen werden, sondern man schließt aus der Beschaffenheit der Kerze und aus der Anlage, in der sie angebracht ist, so wie aus der Einrichtung, mittels deren die Beleuchtungsanlage betrieben wird, allensfalls noch aus der Höhe der elektrischen Flamme rein rechnungsmäßig auf die Lichtstärke nach Normalkerzen. In der physikalisch-technischen Reichsanstalt hat man denn auch zur Feststellung der elektrischen Lichtstärke eine besonders konstruirte Lampe in Anwendung, die von ihrem Erfinder den Namen Hefner-Lampe führt, alle Einrichtungen besitzt, die einen gleichmäßigen Brand und gleichmäßige Lichtstärke sichern und mit Amalgacetat gespeist wird. Unter den Physikern hat allerdings eine Vereinbarung über die bei solchen Lichtmessungen anzunehmende Lichteinheit stattgefunden; danach soll als Lichteinheit gelten diejenige Lichtmenge, welche ein Quadrat-Zentimeter geschmolzenes Platin im Moment seiner Erstarrung ausstrahlt. Mit dieser Lichtmenge deckt sich nun die Normalkerze nicht, oder doch nicht immer. Nun ist es auch außerordentlich schwierig, die vereinbarte Lichteinheit jedesmal genau zum Zwecke der Lichtmessung herzustellen. Die physikalisch-technische Reichsanstalt bedient sich deshalb bei diesen Messungen der Hefner-Lampe. Als Lichtmesser wird nicht das bekannte und sonst zu diesem Zwecke verwendete gefettete Papier benutzt, sondern es werden zwei Prismen hierzu verwendet, deren Empfindlichkeit 4—5 Mal größer ist, als die des gefetteten Papiers.

Heber eine Bluthat in Hermsdorf a. S. bringt der „Vote a. d. Riesengebirge“ folgenden ausführlichen Bericht: Dienstag Nachmittag gegen 2 Uhr kam das etwa 3jährige Mädchen des Chemikers Hünfel zu einer in der Nähe der Hünfel'schen Villa wohnenden Frau und sagte, die Frau möchte bald zum Papa kommen, er sei krank. Als die Frau die im Parterre rechts gelegene Wohnung betrat, rief ihr der im Bett liegende H. entgegen, er sei vergiftet. Die Frau sah aber, daß Gesicht und Kopf des H. etwa 10 Stiche oder Beißhiebe aufwies. In einem anderen Zimmer fand sie die Schleuderin Marie Rämpke mit breit klaffenden Wunden und bloßgelegtem Gehirn bewußtlos vor. Sie rief sofort Hilfe herbei, und da wurde in der auf der linken Seite des Hauses gelegenen Küche die Köchin Anna Wiele bewußtlos aufgefunden. Der Wiele war mit einem schwarzen Lappen, der mit einer Flüssigkeit getränkt war und der noch in der Küche lag, das Gesicht verbrannt, so daß dies ganz schwarz war und die Augen die Sehkraft verloren hatten. Ob die Wiele auch noch Verletzungen mit dem Beil erhalten hat, konnte zur Stunde noch nicht festgestellt werden. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß das stumpfe Küchenbeil, mit dem augenscheinlich das unehrdete Verbrechen begangen wurde, im Zimmer des 19jährigen Sohnes des Hünfel, Namens Hans Hünfel, vorgefunden wurde. Ferner lag die Alltagskleidung des Burschen, mit Blut besetzt, da, während die Sonntagskleidung verschwunden war. Auch der Bursche selbst ist verschwunden und konnte trotz eifrigsten Nachforschens nicht aufgefunden werden. Er soll am Dienstag Morgen gesehen worden sein, als er in der Richtung nach Agnetendorf zu ging. Die sehr schwer verletzte Rämpke ist aus Potsdam gebürtig und 26 Jahre alt, sie wurde gegen 5 Uhr nach dem Hedwigstift nach Warmbrunn transportirt und war so schwach, daß ihre Vernehmung nicht erfolgen konnte. Die Wiele wurde ebenfalls nach Warmbrunn gebracht. Als die Gerichtskommission aus Hirschberg gegen Abend erschien, war die Wiele zwar vernunftfähig, doch das Augenlicht war noch nicht zurückgekehrt. Dem 19jährigen Mädchen ist nichts passiert. Hünfel senior ist, wie schon gemeldet, Chemiker und hatte früher sein Domizil in Berlin. Im Juli er. ging die früher Kolinow'sche Villa durch Kauf in seinen Besitz über, die er Anfangs Oktober bezog. Am Montag Abend soll es in der Villa Zwistigkeiten gegeben haben und der Schleuderin soll dabei der Vorwurf gemacht worden sein, daß sie die Mohrrüben vergiftet habe. Der 19jährige Sohn Hans, der die That wahrscheinlich begangen hat, soll sehr eigentlicher Natur sein. Er lernte bei seinem Vater die Chemie. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich der Bursche nach der Peterbaude oder einem anderen Orte des nahen Böhmen's begibt. Die Frau des etwa 50jährigen H. weilt z. Z. in Muskau bei ihrer Schwester zu Besuch. Die „Post“ meldet hierzu:

Der wegen dreifachen Mordversuchs verfolgte 19jährige Chemiker Hans Hünfel aus Hermsdorf in Schlesien hat sich im Thiergarten hieselbst erschossen. Es wurde dort in der Nähe des Kroll'schen Stabliments mit einer Schußwunde in der Gegend des Herzens die Leiche eines jungen Mannes gefunden, dessen Notizbuch und äußere Erscheinung es fast zweifellos erscheinen lassen, daß der Selbstmörder mit dem Gesuchten identisch ist.

Im gelrigen Polizeibericht befindet sich, wie uns mitgeteilt wird, ein Fehler. Ein Gärtler Reinicke soll vor dem Hause Köpenickerstraße 75 von dem Selbsthieser Schefler durch einen Messerstich schwer verletzt worden sein. Die That passierte vielmehr auf dem Hofe des Hauses Köpenickerstraße 145. Der Gärtler R. erhielt aus ganz unerheblicher Veranlassung. Schefler ist unter seinen Arbeitskollegen bereits als Messerheld bekannt. Der Verletzte liegt im Krankenhaus Bethanien und wird an seinem Auskommen stark gezweifelt.

Polizeibericht. Am 2. d. M. Abends fiel ein Mann beim Auslösen einer Gasflamme im Erdgeschloß des Hauses Fruchtstraße 25 von der Treppe und erlitt einen Schädelbruch, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Am 3. d. M. Nachmittags fiel ein fünfjähriger Knabe beim Spielen oberhalb der Fluthgraubenrände ins Wasser und ertrank. — Am 8. d. M. fanden fünf kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Unter der Anklage, eine Kassette mit 3000 M. Inhalt gestohlen zu haben, stand gestern die Frau Anna W. vor der 94. Abtheilung des Schöffengerichts. Die Angeklagte lebte unter Thränen ein reumüthiges Geständniß ab. Bei ihrer, vor etwa einem halben Jahre stattgehabten Verheirathung hatte sie das ganze Mobiliar auf Abzahlung genommen. Sie war außer Stande, die versprochenen Ratenabzahlungen zu leisten, der Möbelschlepper drohte täglich, die Sachen wieder abholen zu lassen. Ihr Mann glaubte, daß die in die Ehe gebrachten Möbel bezahlt seien, ihm wollte sie sich nicht anvertrauen und so lebte sie von einem Tage zum andern in Angst und Sorge. In einem Nachmittage im Oktober befand sie sich in einem Grünkrankenhaus, um die dort aufgestellte Drehrolle zu benutzen. Sie war für einige Augenblicke allein im Laden. Sie warf einen Blick auf den neben ihr stehenden Glöschschrank. Er war offen. Sie hatte bei ihren früheren Besuchen bemerkt, daß der Geschäftsinhaber in demselben sein Geld aufbewahrte, das er einer kleinen eisernen Kassette entnahm. Nach kurzem Kampfe erlag sie der Versuchung. Sie nahm die Kassette, barg sie in ihrem Rock mit Wäsche und entfernte sich später. Zu Hause angekommen, sprengte sie den Kasten mit einem Beile. Er enthielt ca. 300 M. baares Geld und 2500 M. in Werthpapieren. Sie nahm nur das baare Geld und befriedigte den Möbelschlepper, die Kassette mit den Werthpapieren vergrub sie im Keller. Der Diebstahl und die Thäterin wurden bald entdeckt. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf 8 Monate Gefängniß.

Die Frage ob und inwiefern es gestattet ist Wurst zu färben, hat gestern durch die 94. Abtheilung des Schöffengerichts eine von den früheren Erkenntnissen abweichende Beurtheilung erfahren. Nachdem viele hiesige Schlächter und Fleischwarenhändler wegen Feilhaltens gefärbter Wurst verurtheilt worden sind, hat die Staatsanwaltschaft auch gegen einen der bedeutendsten Lieferanten, den Fabrikanten Hermann Wielandt aus Apolda dieserhalb Anklage erhoben. Der Beschuldigte, der persönlich erschienen war, räumte ein, daß er die von ihm angefertigte Wurst mit einer geringen Menge Farbstoff versetzt. Er folge damit nur einem allgemeinen Gebrauche und dem Gebot der Nothwendigkeit. Jedes Fleisch und sei es das beste, werde durch Kochen grau und unansehnlich, wenn der Wurst nun durch künstliche Mittel ein appetitliches ansehendes Aussehen gegeben werde, so könne er hierin einen Verstoß gegen das Nahrungsmittelgesetz nicht finden, zumal die Waare schon bei der Zubereitung mit dem unschädlichen Farbstoff versetzt werde. Die Farbe sei von vorneherein ein Bestandtheil der Waare und nicht nachträglich zugefügt worden, um einen bereits eingetretenen Zustand der Verdorbenheit zu verdecken. Der Gerichtschreiber Dr. Wischhoff räumte ein, daß der angewandte Farbstoff durchaus unschädlich sei; er müsse das Färben der Wurst aber dennoch für unstatthaft erklären. Wenn das Publikum von dem rothen Aussehen der Waare auf ihre Frische schließe, so werde es eben getäuscht. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 20 M. Der Gerichtshof erkannte dagegen auf Freisprechung unter folgender Begründung. Das Nahrungsmittelgesetz habe selbst dahin entschieden, daß eine Verfälschung eines Nahrungs- oder Genußmittels nur dann vorliegt, wenn dasselbe durch einen Zufuß ein verändertes Aussehen erhalte, wodurch das Publikum getäuscht werden solle. Im vorliegenden Falle handele es sich um Fleischwaare, welche während des Kochens die rothe Farbe verliere und ein graues, unappetit-

Zur Kritik der Hegel'schen Rechts-Philosophie.

Von Karl Marx.

(Fortsetzung.)

Wie die alten Völker ihre Vorgeschichte in der Imagination erlebten, in der Mythologie, so haben wir Deutsche unsere Nachgeschichte im Gedanken erlebt, in der Philosophie. Wir sind philosophische Zeitgenossen der Gegenwart, ohne ihre historischen Zeitgenossen zu sein. Die deutsche Philosophie ist die ideale Verlängerung der deutschen Geschichte. Wenn wir also statt die *oeuvres incomplètes* unserer realen Geschichte, die *oeuvres posthumes* unserer idealen Geschichte, die Philosophie kritisieren, so steht unsere Kritik mitten unter den Fragen, von denen die Gegenwart sagt: *that is the question*. Was bei den fortgeschrittenen Völkern praktischer Zerfall mit den modernen Staatszuständen ist, das ist in Deutschland, wo diese Zustände selbst noch nicht einmal existieren, zunächst kritischer Zerfall mit der philosophischen Spiegelung dieser Zustände.

Die deutsche Rechts- und Staatsphilosophie ist die einzige mit der offiziellen modernen Gegenwart *à pari* stehende deutsche Geschichte. Das deutsche Volk muß daher diese seine Traumgeschichte mit zu seinen bestehenden Händen schlagen und nicht nur diese bestehenden Zustände, sondern zugleich ihre abstrakte Fortsetzung der Kritik unterwerfen. Seine Zukunft kann sich weder auf die unmittelbare Verneinung seiner realen, noch auf die unmittelbare Vollziehung seiner idealen Staats- und Rechtszustände beschränken, denn die unmittelbare Verneinung seiner realen Zustände besitzt es in unmittelbarer Verneinung seiner realen Zustände, und die unmittelbare Vollziehung seiner idealen Zustände hat es in der Anschauung der Nachbarvölker beinahe schon wieder überlebt. Mit Recht fordert daher die praktische politische Partei in Deutschland die Negation der Philosophie. Ihr Unrecht besteht nicht in der Forderung, sondern in dem Stehenbleiben bei der Forderung, die sie ernstlich weder vollzieht, noch vollziehen kann. Sie glaubt, jene Negation dadurch zu vollbringen, daß sie der Philosophie den Rücken kehrt und abgewandten Hauptes — einige ägerliche und banale Phrasen über Philosophie nicht ebenfalls in den Vering? der deutschen Wirklichkeit oder wähnt sie gar unter der deutschen Praxis und ihren dienenden Theorien. Ihr verlangt, daß man an wirkliche Lebenskräfte anknüpfen soll, aber Ihr vergeßt, daß die wirkliche Lebenskraft des deutschen Volkes bisher nur unter seinem Himmelsdäbel gewuchert hat. Mit einem Worte: Ihr löst die Philosophie nicht auf, ohne sie zu verwirklichen.

Dasselbe Unrecht, nur mit umgekehrten Faktoren, beging die theoretische, von der Philosophie her datierende politische Partei.

Sie erblickte in dem jetzigen Kampf nur den kritischen Kampf der Philosophie mit der deutschen Welt, sie beachtete nicht, daß die seitherige Philosophie selbst zu dieser Welt gehört und ihre, wenn auch ideale Ergänzung zu ist. Kritik gegen ihren Widerpart verhielt sie sich unkritisch zu sich selbst, indem sie von den Voraussetzungen der Philosophie ausging, und bei ihren gegebenen Resultaten entweder stehen blieb, oder anderweitig hergeholt Forderungen und Resultate für unmittelbare Forderungen und Resultate der Philosophie ausgab, obgleich dieselben — ihre Berechtigung vorausgesetzt — im Gegenteil nur durch die Negation der seitherigen Philosophie, der Philosophie der Philosophie, zu erhalten sind. Eine näher eingehende Schilderung dieser Partei behalten wir uns vor. Ihr Grundmangel läßt sich dahin reduzieren: Sie glaubte die Philosophie verwirklichen zu können, ohne sie aufzuheben.

Die Kritik der deutschen Staats- und Rechtsphilosophie, welche durch Hegel ihre konsequente, reichste und letzte Fassung erhalten hat, ist sowohl die kritische Analyse des modernen Staats und der mit ihm zusammenhängenden Wirklichkeit, als auch die entscheidende Verneinung der ganzen bisherigen Weise des deutschen politischen und gesellschaftlichen Bewußtseins, dessen vornehmster, unvollkommener, zur Wissenschaft erhobener Ausdruck eben die spekulative Rechtsphilosophie selbst ist. War nur in Deutschland die spekulative Rechtsphilosophie möglich, dessen abstrakte überschwängliche Denken des modernen Staats, dessen Wirklichkeit im Jenseits bleibt, mag dies Jenseits auch nur jenseits des Rheins liegen: so war eben so sehr umgekehrt das deutsche vom wirklichen Menschen abstrahierende Gedankenbild des modernen Staates nur möglich, weil und insofern der moderne Staat selbst vom wirklichen Menschen abstrahiert oder den ganzen Menschen auf eine nur imaginäre Weise befriedigt. Die Deutschen haben in der Politik gedacht, was die andern Völker gethan haben. Deutschland war ihr theoretisches Gewissen. Die Abstraktion und Ueberhebung seines Denkens hielt immer gleichen Schritt mit der Einsichtigkeit und Unterthätigkeit ihrer Wirklichkeit. Wenn also der status quo des deutschen Staatsbewußtseins die Vollendung des Wahls im Fleische des modernen Staates, so drückt der status quo des deutschen Staatsbewußtseins die Unvollendung des modernen Staates aus, die Schabhaftigkeit seines Fleisches selbst.

Schon als entscheidender Widerpart der bisherigen Weise des deutschen politischen Bewußtseins verhielt sich die Kritik der spekulativen Rechtsphilosophie nicht in sich selbst, sondern in Aufgaben, für deren Lösung es nur ein Mittel giebt: Die Praxis.

Es fragt sich: kann Deutschland zu einer Praxis à la *hautour de principes* gelangen, d. h. zu einer Revolution, die es nicht nur auf das offizielle Niveau der modernen Völker erhebt, sondern auf die menschliche Höhe, welche die nächste Zukunft dieser Völker sein wird. Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß geführt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie der materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift, ist imstande, die Massen zu ergreifen, sobald sie *ad hominem* demonstriert, und sie demonstriert *ad hominem*, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Der ewige Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie, der ewige Beweis für den Radikalismus der deutschen Praxis, also für ihre praktische Energie ist ihr Ausgang von der entschiedenen positiven Aufhebung der Religion.

Das Wort steht im Original. Wir hielten es für einen Druckfehler (hatt: Vereich), erfahren aber, daß es früher in dem and dem Zusammenhang sich ergebenden Sinn gebräuchlich war. R. D. D.

der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann, als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektirten Hundesteuer: *Arme Hunde! Man will auch wie Menschen behandeln!*

Selbst historisch hat die theoretische Emanzipation eine spezifisch praktische Bedeutung für Deutschland. Deutschlands revolutionäre Vergangenheit ist nämlich theoretisch, es ist die Reformation. Wie damals der Mönch, so ist es jetzt der Philosoph, in dessen Hirn die Revolution beginnt.

Luther hat allerdings die Knechtschaft aus Devotion befreit, weil er die Knechtschaft aus Ueberzeugung an ihre Stelle gesetzt hat. Er hat den Glauben an die Autorität gebrochen, weil er die Autorität des Glaubens restaurirt hat. Er hat die Pfaffen in Laien verwandelt, weil er die Laien in Pfaffen verwandelt hat. Er hat den Menschen von der äußeren Religiosität befreit, weil er die Religiosität zum inneren Menschen gemacht hat. Er hat den Leib von der Kette emanzipirt, weil er das Herz in Ketten gelegt.

Aber, wenn der Protestantismus nicht die wahre Lösung, so war er die wahre Stellung der Aufgabe. Es galt nun nicht mehr den Kampf des Laien mit den Pfaffen außer ihm, es galt den Kampf mit seinem eigenen inneren Pfaffen, seiner pfläffischen Natur. Und wenn die protestantische Verwandlung der deutschen Laien in Pfaffen, die Laienpfläffern, emanzipirte, so wird die philosophische Verwandlung der pfläffischen Deutschen in Menschen das Volk emanzipirt. So wenig aber die Emanzipation bei den Fürsten, so wenig wird die Säkularisation der Güter bei den Kirchenraub stehen bleiben, den vor allen das heuchlerische Preußen ins Werk setzte. Damals scheiterte der Bauernkrieg, die radikalste Thatfache der deutschen Geschichte, an der Theologie. Heute, wo die Theologie selbst gescheitert ist, wird die unseinerliche Thatfache der deutschen Geschichte, unser status quo, an der Philosophie zerfallen. Den Tag vor der Reformation war das offizielle Deutschland der unbedingteste Knecht von Rom. Den Tag vor seiner Revolution ist es der unbedingteste Knecht von weniger als Rom, von Preußen und Oesterreich, von Krantjuntlern und Philistern.

Einer radikalen deutschen Revolution scheint indessen eine Haupt Schwierigkeit entgegen zu stehen.

Die Revolutionen bedürfen nämlich eines passiven Elementes, einer materiellen Grundlage. Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. Wird nun dem ungeheuren Zwiespalt zwischen den Forderungen des deutschen Gedankens und den Antworten der deutschen Wirklichkeit derselbe Zwiespalt der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Staat und mit sich selbst entsprechen? Werden die theoretischen Bedürfnisse unmittelbar praktische Bedürfnisse sein? Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen.

Aber Deutschland hat die Mittelstufen der politischen Emanzipation nicht gleichzeitig mit den modernen Völkern erklettert. Selbst die Stufen, die es theoretisch überwunden, hat es praktisch noch nicht erreicht. Wie sollte es mit einem *salto mortale* nicht nur über seine eigenen Schranken hinweggehen, sondern zugleich über die Schranken der modernen Völker, über Schranken, die es in der Wirklichkeit als Befreiung von seinen wirklichen Schranken empfinden und erstreben muß? Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein, deren Voraussetzungen und Geburtsstätten eben zu fehlen scheinen.

Allein wenn Deutschland nur mit der abstrakten Thätigkeit des Denkens die Entwicklung der modernen Völker begleitet hat, ohne werkhätige Partei an den wirklichen Kämpfen dieser Entwicklung zu ergreifen, so hat es andererseits die Leiden in dieser Entwicklung getheilt, ohne ihre Genüsse, ohne ihre partielle Befriedigung zu theilen. Der abstrakten Thätigkeit einerseits entspricht das abstrakte Leiden andererseits. Deutschland wird sich daher eines Morgens auf dem Niveau des europäischen Verfalls befinden, bevor es jemals auf dem Niveau der europäischen Emanzipation gefunden hat. Man wird es mit einem Fetischdienen vergleichen können, der an den Krantheiten des Christenthums steht.

Betrachtet man zunächst die deutschen Regierungen und man findet sie durch die Zeitverhältnisse, durch die Lage Deutschlands, durch den Standpunkt der deutschen Bildung, endlich durch eigenen glücklichen Instinkt getrieben, die zirkulirenden Mängel der modernen Staatswelt, deren Vortheile wir nicht besitzen, zu kombinieren mit den barbarischen Mängeln des ancien régime, dessen wir uns in vollem Maße erfreuen, so daß Deutschland, wenn nicht am Verstand, wenigstens am Unverstand, auch der über seinen status quo hinausliegenden Staatsbildungen immer mehr partizipieren muß. Giebt es z. B. ein Land in der Welt, welches so natü alle Illusionen des konstitutionellen Staatswesens theilt, ohne seine Realitäten zu theilen, als das sogenannte konstitutionelle Deutschland? Oder was es nicht notwendig ein deutscher Regierungseinsatz, die Qualen der Zensur mit den Qualen der französischen Septembergesetze, welche die Pressefreiheit voraussetzen, zu verbinden? Wie man im römischen Pantheon die Götter aller Nationen fand, so wird man im heiligen römischen Deutschen Reich die Sünden aller Staatsformen finden. Daß dieser Eklektizismus eine bisher nicht geahnte Höhe erreichen wird, dafür bürgt namentlich die politisch-ästhetische Gourmanderie eines deutschen Königs, der alle Rollen des Königthums, des feudalen wie des bürokratischen, des absoluten, wie des konstitutionellen, des autokratischen wie des demokratischen, wenn nicht durch die Person des Volkes, so doch in eigener Person, wenn nicht für das Volk, so doch für sich selbst zu spielen gedenkt. Deutschland als der zu einer eignen Welt konstituirte Mangel der politischen Gegenwart, wird die spezifisch-deutschen Schranken nicht niederwerfen können, ohne die allgemeine Schranke der politischen Gegenwart nieder zu werfen.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

New-York, 20. November. Auf der Konvention der Knights of Labor ist Powderly, bei Herabsetzung des Gehaltes von 5000 auf 3500 Dollars wiedergewählt worden. Man muß also wenigstens nach letzterem Umstande zu schließen, zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die vom General-Vermeister geleistete „Arbeit“ nicht so viel werth war, wie man sie früher schätzte. Vielleicht kommt man bis zur nächsten Konvention zu der Ueberzeugung, daß auch das reduzirte Gehalt noch zu hoch,

oder gar weggeworfenes Geld ist. Es sei hier daran erinnert, daß Powderly auf der vorigen Konvention, als einige Opponenten gegen das vorgeschlagene hohe Gehalt auftraten, erklärte, es unter jenem Betrage nicht thun zu können; er sei, wenn er seine Thätigkeit anderweitig anwende, in der Lage, das vierfache zu „machen“. (Er war früher Mechaniker, soll sich aber in seinen Mußestunden auf die Jurisprudenz verlegt haben.)

Ueber die Frage, wie die Knights sich künftig zur Politik stellen sollen, muß eine richtige Konfusion auf der Konvention geherbergt haben, also unter den intelligenten Elementen des Ordens. Da gab es demokratische, republikanische und Farmer-Schwanzpolitiker, welche das Heil des Ordens darin erblickten, daß derselbe die Demokraten, Republikaner oder die Farmer-Alliance das Stimmvieh liefere. Einige fanden sich, welche für Gründung einer neuen Partei waren; was sie aber mit einer solchen anfangen sollten, wußten sie auch nicht. Man verstieg sich nicht höher, als zur Forderung folgender Punkte, welche auf eine der genannten Arten zu erringen seien: Freie Silberprägung, australisches Wahlsystem, Durchföhrung des Achtstunden-Gesetzes auch in Postämtern und im Briefträgerdienst, Posttelegraphen; Achtstunden-Gesetz für sonstige Bundesarbeiter, Gesetz gegen die Einföhrung von Arbeitern unter Kontrakt und gegen Gefangnisarbeit. Ferner hielt man es auch für sehr wichtig, daß in jeder Stadt ein Lokal eingerichtet werde, in welchem alle Regierungs- oder Staatsdokumente zur Einsicht des Publikums ausliegen. — Ein Vorschlag wurde angenommen, der sehr erfreulicher Natur wäre, wenn man nicht wüßte, daß man es da nur mit einem Scheinmanöver zu thun hat, nämlich, eine Föderation sämtlicher Arbeiter-Organisationen anzubahnen. Es klingt dieser Beschluß sehr kurios angehörs des Umstandes, daß man fast täglich von Fällen hört, in denen die Knights anderen Arbeiter-Organisationen ein Bein stellen. Die Sache wird wohl so zu verstehen sein, daß erneute Anstrengungen gemacht werden sollen, um die anderen Organisationen zu verwickeln. Genau dasselbe Manöver wurde ja s. B. hier in New-York mit der Progr. U. N. Union versucht, welche sich mit den Knights „föderirt“ hatte. — Ein kleines Privatvergnügen machte man sich noch mit dem Beschluß, einen Widerruf des Freibriefes der N.-Y. Zentralbahn zu verlangen wegen des Verhaltens derer Beamten beim neulichen Streik. — Daß sich die Knights, welche sich schon bei der vergangenen Wahlperiode in verschiedenen Staaten der Farmerbewegung angeschlossen, auf der Gen.-Ass. den Beschluß fassen würden, sich denselben an die Rockschöpfe zu hängen, war vorauszusehen. — Die ganze Verwirrenheit im Orden ist die Folge davon, daß man in den „Sanctuarium“ — nach dem Vorbild des preussischen Gen darmen — keine Besprechung der „Thematias“ erlaubte. Und jetzt dürfte es zu spät sein, um mit der Aufhebung des Verbots dem Orden wieder ein etwas besseres Ansehen zu geben, besonders, da nicht mancher von denen ihm noch angehört dürfte, die etwas mehr über den Zusammenhang der gesellschaftlichen Dinge wissen, als Powderly und sein ganzes Generalkollegium. — Noch sei bemerkt, daß die Mitgliederzahl nach Angabe des Sekretärs 200 000 sein soll; doch ist alle Ursache, anzunehmen, daß man ruhig ein Viertel der Zahl abziehen kann. Der Kassirer konstatierte einen Kassenbestand von 18 000 Dollars, gegen ein Defizit von 13 000 D. auf der vorigen Gen.-Ass. Es ist natürlich kein Kunststück, zu sparen, wenn man nichts ausgiebt; ist doch nicht einmal für den wichtigsten Streik an der New-Yorker Zentralbahn ein Cent Unterstüzung verabfolgt worden, weil angeblich nichts in der Kasse war. Die Ausgaben des letzten Jahres dürften sich gänzlich auf die Gehälter der Beamten und deren Reisefkosten beschränkt haben! —

Die Konfusion in gesellschaftlichen Fragen ist übrigens nicht eine Spezialität des Ordens; man kann derselben in der ganzen englisch-amerikanischen Arbeiterpresse begegnen (die sehr ausgedehnt ist), selbst da, wo der gute Wille eines rücksichtslosen Vorgehens gegen die Herrschaft des Kapitals vorhanden ist. Die hiesige „B. Z.“ bringt einige Beispiele, die von Interesse sein dürften. So bringt das „Labor Signal“ von Indianapolis einen Artikel mit der Ueberschrift „Keinen Pardon!“ Derselbe behandelt die Vernichtung der Telegraphen-Union durch Jay Gould, und es heißt darin: „Das Kapital hat sich organisiert und organisiert sich immer mehr. Gegen seine Macht ankämpfen mit den alten Methoden von Streik und Boykott, heißt so viel wie den Mond anspucken. — Wir müssen uns für den Sieg organisiren und dem Kapital den Todesstreich versetzen, wenn wir nicht das Schicksal der Telegraphen theilen wollen.“ — Auf welche Weise dieser „Todesstreich“ appliziert werden soll, ist mit keiner Silbe angedeutet. Dagegen ist aus einem anderen Artikel desselben Blattes zu ersehen, daß der Verfasser die Kontrolle des gemünzten Geldvolumens durch den Großkapitalismus als Hauptursache alles Unheils ansieht. Somit kommt er zu dem Schluß, daß die Entwerthung des Geldes durch Vermehrung des zirkulirenden Volumens und durch Einführung der Silberwährung so ziemlich alles in Ordnung bringen werde! — Das Blatt „Northwestern Labor Union“ in Minneapolis bringt einen schungvollen Artikel, in welchem zum Aufgeben des Bruderzwistes unter den Arbeitern und zum Abschütteln selbststüchtiger Führer gemahnt wird. Wenn diese Zeit kommt, dann wird es keine „ismen“ mehr in der industriellen Bewegung geben. Der Sozialist, der Anarchist, der Gewerkschafter, der Nationalist und der Georgeist, sie alle werden in geschlossener Phalanx vorgehen gegen die Uebelstände, welche die Industrie aufhalten und den Näheren des modernen Fortschritts sich entgegenstellen.“ — Und das Rezept? Nun, der Monopolismus werde dadurch hinweggeschwemmt werden, daß der Arbeiter — freien Zutritt erhält zum Land, zum akkumulirten Kapital und zu allen nationalen Hilfsquellen, d. h. an Stelle der anderen „Jömen“ soll doch wieder ein verlappter — Georgeismus treten! — Auf der nächsten Seite desselben Blattes wird M. Ruskin, ein Schriftsteller aus den 60er Jahren, als Vorkämpfer der Nationalisten gepriesen, weil er unter Anderm etwas empfohlen hat, was den Vassallischen Produktiv-Affoziationen mit Staatskredit ähnelt. Und zwar ohne eine Ahnung davon zu haben, daß bezüglich dessen, was bei den beiden Vorschlägen zu Grunde lag, ein himmelweiter Unterschied zwischen den beiden Männern ist. — In derselben Nummer begrüßt das Blatt die Wahlerfolge der Kleinbürgerlich-reaktionären Farmer-Alliance und sieht im Bündniß mit letzterer die beste Grundlage für die Bildung einer neuen politischen Partei. Mit derselben Farmer-Alliance, deren Organ „The Country Gentleman“ gegen die weitere Vergebung von Regierungsländ an Anstiedler und die geplante Bewässerung der „amerikanischen Wüste“ ist, weil erstere dadurch abgehalten würden, den vorhandenen Farmern ihr Land abzukauften (damit diese unter die Kuponpadschnelder gehen können) oder bei denselben „für Lohn zu arbeiten“! —

Diese Verwirrenheit herrscht auch nicht allein unter den Arbeiterführern „alter Schule“, welche im Grunde noch vollständig auf dem kapitalistischen Boden stehen, indem sie nur gegen die Hindernisse sind, welche es nicht jeden amerikanischen Bürger ermöglichen, es zu „bringen“, sondern auch bei denen, welche in der Verurteilung der gesamten gesellschaftlichen Zustände bis zum Neupfersten gehen. Da haben wir den früheren Pastor Wentecost.

Derseibe verzapft in einer der letzten Nummern seines „XX. Century“ einen Witz, der konstatirt, daß der Mann sich nicht die geringste Mühe giebt, sich darüber Kenntnis zu verschaffen, auf welchem Wege jene schenklischen Zustände ernstlich beseitigt werden können. Er brachte 26 „Glaubensartikel“, worunter folgende: „Ich glaube, daß allen Personen gestattet sein sollte, mit der Regierung in der Fabrikation von Geld zu konkurrieren; in Beförderung der Briefpost, im Unterricht und in jedem anderen Geschäft. — Ich glaube, daß man Niemanden gewaltsam verhindern sollte, Medizin zu praktizieren, oder Jurisprudenz oder irgend einen anderen Beruf. — Ich glaube, daß Niemand gegen seinen Willen gezwungen werden sollte, Regierungsbeamten zu zahlen. (Das wäre was für die reichen Gauner, die heutzutage neun Zehntel ihres Vermögens mittelst Meineldeß der Steuer entziehen!) — Ich glaube, der einzige gerechte Weg, Reichthum zu erlangen, ist durch Lohn oder durch freiwilliges Geschenk. — Ich glaube, daß der Reichthum weder als Gemeineigentum verwaltet noch getheilt werden sollte, sondern daß jedes Individuum so viel davon besitzen soll, wie es sich redlich verschafft.“

Wie muß es in einem solchen Gehirn aussehen!

Versammlungen.

Allgemeiner Arbeiter-Bildungsverein.

Mit der Gründung eines großen allgemeinen Arbeiter-Bildungsvereins beschäftigte sich am Dienstag Abend im Elysium eine Volksversammlung. Schon vor einigen Wochen war in einer Versammlung diese Frage eifrig diskutiert worden; es wurde dort eine Kommission gewählt, welche die Angelegenheit untersuchen sollte, und dann einer neuen Volksversammlung die Beschlußfassung darüber, ob die Gründung des geplanten Vereins zweckmäßig und wünschenswert sei, anheim zu geben. Das Resultat der Kommissionsberatung war die Einberufung der heutigen Versammlung, welche unter Leitung des Genossen Berger tagte. Herr E. Vogtherr hielt über: „Wie stellen sich die Berliner Arbeiter zur Gründung einer Arbeiter-Bildungsschule?“ einen Vortrag, in welchem er ausführte:

Nach Fall des Sozialistengesetzes muß es unsere erste Pflicht sein, das, was während der Dauer desselben verfaumt worden mußte, nachzuholen. Den Arbeitern müssen wir nicht nur politische Aufklärung geben, sondern auch geistige. Wenn wir uns nun fragen, wie bisher dem Drang der Arbeiterklasse Berlins nach Bildung Rechnung getragen ist, so finden wir, daß es eine ganze Reihe von kleinen Vereinen, wie Leseklubs und gesellige Vereine gewesen sind, welche hierfür Sorge trugen. Nebenher waren für die Weiterbildung auch die fachgewerblichen Vereinigungen bemüht. Doch einem derartig vielgestalteten Vereinswesen konnte es unmöglich gelingen, etwas Einheitliches zu schaffen. Es fehlte den vielen kleinen und größeren Vereinen ein planvolles, geregeltes Vorgehen, sie hatten außerdem zu viel mit Zusatztätigkeiten zu rechnen, so daß sie beim besten Willen nicht das schaffen konnten, was zur Fortbildung der Berliner Arbeiterklasse notwendig ist. Bei Gratweil, in der ersten Versammlung, wurde vielfach die Befürchtung laut, der beabsichtigte große Verein würde die kleinen Vereine, welche in vieler Beziehung allerdings auch ihre Existenzberechtigung haben, beseitigen. Ich glaube, diese Befürchtung ist ganz unnötig, die kleinen Vereine werden trotz des großen ruhig weiter bestehen können, ihre Befestigung halte ich sogar vorläufig für wenig wünschenswert. In verschiedenen Städten, so neuerdings in Magdeburg, gehen die Bestrebungen der Genossen dahin, sich ein eigenes Heim zu begründen, ein Haus, welches einen großen Saal, Räume für Leseklubs und für Sitzungen, sowie für eine große Bibliothek und ferner Besessener enthält. Damit soll der Unsumme von Kalamitäten vorgebeugt werden, denen die Partei überall ausgegesetzt ist und gerade dann am meisten, wenn wir freie Bewegung sehr nötig haben wie z. B. bei den Wahlen. Freilich wird man einwenden, für Berlin würde ein einziges Haus gar keine wesent-

liche Besserung schaffen. Der Meinung bin ich auch, in Berlin müßten wir schon mindestens drei eigene Räume in den verschiedensten Stadtteilen haben, doch von der Erfüllung dieses Punktes hängt durchaus nicht das Zustandekommen des ganzen Planes ab. Wir können an den Erwerb eines eigenen Grundstücks erst denken, wenn wir mit Geldmitteln versehen sein sollten. Vorläufig müßten wir uns mit Miethräumen begnügen, indem wir in einem Hause etwa ein Stockwerk für einige Jahre mieten. Die Hauptthätigkeit der Arbeiter-Bildungsschule hätte sich auf den Unterricht in ungefähr folgenden Lehrfächern zu bewegen: Orthographisches Schreiben und Lesen, praktisches Rechnen, Geschichtskunde, Geographie und Nationalökonomie. Durch Einrichtung von Diskursklubs könnte den Einzelnen Gelegenheit geboten werden sich zu Rednern auszubilden. Auch der Erhöhung des Kunstverständnisses unter den Arbeitern müßte Rechnung getragen werden. Zwar besteht hierfür schon die „Freie Volkshöhe“, doch müßten eigentlich auch diese Bestrebungen mit in den Rahmen der Arbeiter-Bildungsschule verflochten werden. Eine Hauptschwierigkeit ist die finanzielle Frage. Die Unkosten werden sehr groß sein, aber wenn wir bedenken, welche große Summen schon jetzt von den Arbeitern Berlins für Bildungs- und Vergnügungszwecke bisher in unangeregelter Weise aufgebracht werden, dann werden wir wohl auch auf Ueberwindung dieser Schwierigkeit rechnen können. Außerdem können wir erwarten, daß die Fachvereine dem Institut einen regelmäßigen Beitrag zuwenden. Es liegt dies in ihrem eigenen Interesse, da ihnen die Sorge für die wissenschaftliche Ausbildung ihrer Mitglieder abgenommen wird. Ferner kommen dann auch Geldmittel aus den Beiträgen der Mitglieder der Bildungsschule ein. Redner erwähnt weiter, daß Genosse Liebknecht dem geplanten Institut ein großes Interesse entgegenbringe, was aus einem von London aus an ihn, Redner, gerichteten Briefe hervorgehe. Liebknecht schwebt als Vorbild der großen Arbeiter-Bildungsschule in Leipzig vor, welcher dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Er, Redner, habe in seinem Vortrage sich an die in dem Briefe gemachten Vorschläge im Wesentlichen gehalten. Liebknecht empfehle als Aufgaben des Vereins: Unterricht in allen Fächern, deklamatorische Klubs und Debattierklubs, zwei Mal in der Woche Vorträge über wissenschaftliche, geschichtliche und nationalökonomische Thematika, Schaffung einer Bibliothek, Veranstaltung von Spaziergängen, Theateraufführungen und von Festlichkeiten. Um die Sache in Fluss zu bringen, rathe Liebknecht einen Ausschuss zu wählen, welcher sich mit den geeigneten Persönlichkeiten in Verbindung zu setzen hat; er selbst will das Unternehmen, so viel in seinen Kräften steht, unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion spricht sich Herr Schmidt im Sinne des Referenten aus und beantragt die Wahl einer Kommission von 15 Personen, welche die Statuten des Vereins zu beraten haben und sich mit den geeigneten Personen in Verbindung setzen sollen.

Jahn ist der Meinung, daß der Verein ähnlich wie der Handwerkerverein geschaffen werden könnte. Er weist weiter auf einen auch schon in Berlin im Jahre 1878 gemachten ähnlichen Versuch hin, der wohl gescheit wäre, wenn der Verein nicht nach wenigen Wochen dem damals gerade in Kraft getretenen Sozialistengesetz zum Opfer gefallen wäre. (Beifall.)

An der weiteren Diskussion beteiligten sich eine ganze Reihe von Rednern, welche sich sämtlich für die Gründung der Arbeiter-Bildungsschule aussprechen.

Es wird hierauf einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heute im Elysium tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten bezüglich der Gründung eines allgemeinen Arbeiter-Bildungsvereins einverstanden und ist bereit, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß durch die Ausbildung der Arbeitermassen auf geistigem Gebiet das Interesse der Sozialdemokratie gefördert werde. Damit die wahre Bildung Gemeingut des gesamten Volkes werde, ist es notwendig, daß Allen, insbesondere den jüngeren Genossen, sämtliche Wissenszweige zugänglich gemacht werden.“

Den Antrag, eine Kommission von 15 Personen zu wählen,

wurde durch die Wahl der Herren Mattutat, Maß, Jahn, Schmidt, Vogtherr, Zeitmann, Krauß, Gumpel, Suhle, Berger, Bogasch, Ballach, Peuschel Gide, sowie der Frau Nikolaus entsprochen.

Der sozialdemokratische Les- und Diskursklub „Freie in Riedorf“ feierte am 29. November sein 1. Stiftungsfest. Schon vor dem programmmäßigen Anfang waren Freunde und Genossen erschienen und wuchs die Zahl derselben bis zu 300 und mehr an. Im festlich decorirten Saale wogte die Menge in heiterster Stimmung hin und her, und nahm das Ganze bald den Anstrich eines wirklichen Arbeiterfestes an. Nach der Begrüßung der Gäste hielt das Mitglied Genosse Schrader die Festrede, in welcher er darauf hinwies, daß zur Erreichung aller seiner Ziele, nach denen heute die zielbewusste Arbeiterklasse Arbeit, Bildung und Aufklärung unbedingtes Erfordernis sei, und der kleinste Arbeiterverein, nach dem Aussprache Johann Jakob's ein für den Kulturhistoriker von größerer Bedeutung sein werde, als die Schlacht von Sedoma. Er schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Hieran schlossen sich Schauspielungen und Gesangsvorträge und erzielten sowohl der Gesangsverein „Grüne Eiche“ als auch die Künstlertruppe „Pegnenet“ und der Humorist Herr Böttcher, die alle in liebenswürdiger Weise ihre Mitwirkung zugesichert hatten, durchschlagende Erfolge. Als Glanzpunkt galt wohl mit die Auf-führung des Volksstücks: „Ein gestörtes Familienglied“ von H. Krüger, dargestellt von Mitgliedern des Klubs. Auch braven Parteigenossen wurde das Auge feucht, als er die Szenen, die er nur zu oft mehr oder weniger in seinem Leben durchgemacht, an sich vorüber ziehen sah und namentlich die anwesenden zahlreichen Frauen wurden tief ergriffen. Nicht endender Applaus belohnte den Autor und die Darsteller. Doch noch eine Glanznummer war zu erwarten und athemlos wartete die Menge des lebenden Bildes „Die Göttin der Freiheit“. Unter den faszinierenden Klängen der Marxellaise hob sich der Vorhang und beglänzte erschien der Anblick, der sich darbot. Begeistertes Jubel, belohnte die Arrangements und Darsteller und immer wieder mußte der Vorhang aufgezo-gen werden. Zeit aber verlangte die Jugend ihr Recht und bis zum Morgen blieben die Genossen und Freunde beim Tanz vereinigt. Der ganze Verlauf des Festes war ein würdiger und daselbe wird den Teilnehmern noch lange in froher Erinnerung bleiben.

Eine Mitglieder-Versammlung der Risten- und Koffermacher fand am 21. v. M. in Meyer's Salon, Alte Jakobstraße 83, statt. J. Turt hielt einen Vortrag über Fernprojekte. Zweitens sprachen mehrere Kollegen über den schwebenden Besuch der Versammlungen. Darauf wurden zwei Anträge angenommen: 1. Die Schweger Tabalarbeiter, welche sich im Streit befinden, bis zu 20 M. zu unterstützen; 2. von der Tischschen Broschüre über die Landarbeiter 50 Exemplare anzukaufen.

Der Verein der Klempner von Berlin und Umgebung hielt am 27. v. M. eine Versammlung ab, in der Herr Jubeil über das neue Schulgesetz einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Daran schloß sich eine Diskussion, in welcher viele Kollegen meist im Sinne des Referenten sprachen.

Freie Volkshöhe. Adressanten: Norden: August Dings, Zigarrenhandlung, Panstraße 14 a. Wilton Maria Hofmeister, Zigarrenhandlung, Brunnenstraße 122. Konrad Engel, Buchbinder, Ebornerstraße 8. Redner: Zigarrenfabrik, Lindenhofstraße 2. — Nord-Osten: Franz Niemann, Zigarrenhandlung, Webersstraße 19. — Süden: Albert Auerbach, Schulwaren-Geschäft, Kottbuser Damm 7. Gottfried Schulz, Zigarrenhandlung, Admiraalstraße 49 a. Wilhelm Bömer, Zigarrenfabrik, Mittelstraße 10. — West-Osten: Baginski, Buchhandlung, Teichbenderstraße 22-23 (Passage). — Zentrum: Bogtherr, Buchhandlung, Landsbergerstraße 64. — Osten: Hermann Grashoff, Materialwaaren-Geschäft, Wallfadenstraße 29. Süd-Osten: Carl Krenn, Zigarrenhandlung, Stalgerstr. 108. Adolph Keir, Gutshaus, Köpenickerstraße 126. Westen: Otto Katriel, Zigarrenfabrik, Steinmühlstraße 60. Süd-Osten: Adolf Lange, Restauration, Hildebrandstr. 22. Max Doh, Zigarrenhandlung, Lindenstraße 59. Nord-Osten: Fritz Doh, Zigarrenhandlung, Lindenstraße 59.

Die Arbeiterkommission der Glasarbeiter befindet sich momentan im Kassenamt-Büro. Die Adressen-Kassette findet an Wochenenden, Abends von 8-11 Uhr und Sonntags Vormittags von 10-11 Uhr an Mitgliedern wie an Nichtmitgliedern unentgeltlich statt. Ebenso ist die Bibliothek Sonntag von 9-11 Uhr und Mittwoch Abends von 8-9 Uhr geöffnet. Die Arbeitsvereinstellungs-Kommission.

Berlin.

Während wir früher nur an Geschäfte verkauften, sind wir jetzt mit dem Publikum direkt in Verbindung getreten.

Stettin.

H. Hartwig Söhne & Baer

Berlin N.
24a. Chausseestr. 24a.

Berlin SO.
8. Brückenstrasse 8.

Berlin O.
16. Gr. Frankfurterstr. 16.

Größte Werkstätten für Herren- und Knabenbekleidung.

Trotz bisheriger niedriger Preise jetzt bedeutende Preismässigung.

Winterpaletots in Double, Eskimo, Floconé und hochfeinem Montognac 55, 50, 40, 35, 30, 25, 20, 15, 12 bis 10,00.

Schlafröcke in Double, Velour und türkischen Imitationen 40, 30, 20, 15 bis 11,50.

Maassbestellungen

werden unter Leitung erster Meister in unseren Werkstätten, der Mode entsprechend, angefertigt.

Soeben erschien:
Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von Max Schippel.
II. Serie, Heft 8:

Fort mit dem Dreiflächen-Wahlssystem in Preussen.

Von Max Schippel.
2. umgearbeitete Auflage. Preis 20 Pf.

Vorräthig in unserer Expedition, Bouthstr. 3.

Genossen empfehle mein Hutgeschäft. Arbeit nur mit Fabrikanten, welche sich der Kontrollmarken deutscher Hutmacher angenommen haben. Bitte zu beachten: Köpenickerstraße 126, nahe der Adalbertstraße.

Adolph Kehr.

Meyer's, Brockhaus'
Lexica, Bücher, Bibliotheken lauft
A. Hannemann, Kochstr. 56, I. [1798]

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10.
Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins
A. Woyack, Müllerstr. 12c.

Im Tuchgeschäft
jetzt Dranienstr. 126, I.
Herren- und Knaben-
Anzüge, Paletots,
sowie Damenkleider etc.
Auf Wunsch auch gegen
Ehezahlungen. 941

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 400
167. Reichenbergerstr. 167.

Den Parteigenossen empfehle mein
gut sortirtes Lager von Damen-,
Herren- und Kinder-Stiefeln zu
zeitgemäßen Preisen. Bestellungen nach
Maaß werden gut ausgeführt. [192
A. Woyack, Müllerstr. 12c.

Zahn-Atelier
Andreasstrasse 60 1 Treppe
Eingang Kleine Andreasstraße
Otto Arendt.
Schmerzloses Zahnziehen, Nervödten,
Plombiren, A. fertigung ganzer Gebisse
und einzelner Zähne unter Garantie
guter Ausführung bei solidesten Preisen.

Gefärbt wird
für 1,25 M. in allen Farben eine Waffel-
Beitdecke. Lieferzeit 48 Stunden.
A. Pergandé,
Hauptgeschäft: Waldemarstr. Nr. 52.
Görlicherstr. 43. 1817
Reinickendorferstr. 12.

Holzschuh u. Filzschuh.
Fabrik und Lager aller Sorten Herren-,
Damen- und Kinderstiefel.
Chr. Geyer,
4 Oranienstr. 4. 859

Es werde Licht!
Rochien von Leopold Jacoby.
Stuttgart bei J. H. W. Dietz.
Preis 50 Pf.
*) Vorher durch das Sozialisten-Gesetz
verboten.

M. W. Walter.
Begründet 1818.
Fernsprech-Nr. 9. 9386.
Zeughofstraße 3.
Versandgeschäft für Mehl u. Säcken-
früchte. Aufträge von 3 M. an
Haus oder Bahnhof.

Den Genossen empfehle bei
darf mein
**Herren- u. Knaben-
Garderoben-Geschäft.**
Elisabethkirchhof
Wilh. Pahr, Nr. 8 am Borsigpark